

# Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.- Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 14 Fernruf: P 7 Jannowitz, 8969. Postcheckkonto Berlin Nr. 20466 (Internationale Verlagsanstalt G m b H).

NUMMER 80 A

BERLIN • Mittwoch den 6 April 1932

1. JAHRGANG

## Lohnabbau und Wahlen.

Die neue Lohnabbauwelle.

Von Fritz Grob.

Massenkündigungen von Lohn- und Manteltarifen für Arbeiter und Angestellte in privaten sowie städtischen Betrieben zum 30. April sind im Gange. Eine große Auseinandersetzung ist es, bedeutsam in vielfacher Hinsicht für die Interessen der Angehörigen der ausgebeuteten Klasse, die da in Gestalt der Frühjahrskämpfe heranwächst.

Nach allem was die deutsche Arbeiterklasse in den letzten Jahren bereits ertragen hat, soll eine neue Lohnabbauwelle über sie dahin gehen. So ist es der Wille des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“. Er verlangt „Wiederschaffung der Möglichkeit freier Vereinbarungen über den Arbeitslohn und über die Arbeitszeit, ... völlige Sozialversicherungsreform“.

Welches ist der Wille des „Reichsverbandes“ der deutschen Arbeiterschaft? Eine geradezu lahme Erklärung der lohnpolitischen Sachberater der Verbände des ADGB ist die Antwort auf das Unternehmerprogramm: „Daß angesichts einer solchen Situation (die Löhne sind seit 1. Januar doppelt so viel gesucht worden wie die Preise) gar ein weiterer Lohnabbau in Betracht gezogen werden könnte, wurde allseitig mit Entschiedenheit abgelehnt. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Löhne über den 30. April hinaus wurde allgemein als die Mindestforderung bezeichnet, die die Gewerkschaften gegenüber Regierung und Arbeitgebern zu stellen hätten.“

Zu dieser lahmen Erklärung ist zu sagen: 1. Nach der lahmen These des ADGB führt Reallohnsenkung, Einschränkung der Massenkaufkraft zur Verschärfung der Wirtschaftskrise. Die „Mindest“-Forderung der lohnpolitischen Sachberater müßte also sein: wenigstens Herabsetzung der Löhne entsprechend dem Reallohn von der 4. Notverordnung, was sich nach besten Können auf Erklärungen und Briefe von BRÜNING, 2. Es ist einfach schon eine Frage der Klugheit, wenn die Sachberater sich das bescheidene Ziel der Erhaltung der herabgesetzten Löhne stellen, gegenüber den Lohnabbauforderungen der Unternehmer eine Erhöhung zu fordern. 3. Wo bleibt die Kampfansage an die Lohnabbauforderungen der Unternehmer? Wo bleibt die Organisation des Kampfwillens der Arbeiter für diesen Abwehrkampf?

Die Gewerkschaften wollen sich ganz offenbar wieder von vornherein auf den Weg der Verhandlungen beschränken, denn auf der Sitzung des erweiterten Beirats des DMV berichtete der Vorsitzende REICHEL über Verhandlungen des ADGB mit dem Reichsarbeitsministerium in der Frage der Verlängerung der Tarifverträge und der Verbindlichkeitserklärung von Tarifen. Bezeichnend ist ferner: Der „Vorwärts“ vom 2. April bringt die Wahlaufrufe der „Eisernen Front“ und der Spitzenverbände der Gewerkschaften: „Jede Stimme für HINDENBURG ist ein Hammerschlag gegen die Feinde Eurer Freiheit.“ Man weiß, das ist zu hohl für die ausgeplünderten Massen, also schreibt man einen Leitartikel, zwei Spalten lang, über die Not der Arbeiter: „Wie lebt der Arbeiter? Die Folgen des Lohnabbaus.“ Das Wort Lohnabbau kommt ja nun einige Male vor. Dieser Leitartikel über den Lohnabbau schließt: Die „Folgen auf Produktion und Umsatz spiegeln sich in der Massenarbeitslosigkeit und der zunehmenden Schrumpfung des Wirtschaftsvolumens wieder.“ Punkt! Nichts darüber, daß der bevorstehende Kampf aufzunehmen ist und wie.

Daß die Gewerkschaftsführer nach all ihren enttäuschten Hoffnungen auf STEGERWALD noch immer nicht kuriert sind, ist erstaunlich. Das läßt sich nur so erklären, daß sie von vornherein jeden Kampf abgeschworen haben.

Vielleicht wird STEGERWALD einige Tarife verlängern oder einige Schiedssprüche fällen und verbindlich erklären in Fällen, in denen die Löhne bereits völlig heruntergewirtschaftet sind; dann haben die Gewerkschaften einige Propagandabrocken, aber das Gros der Arbeiterschaft wird erneut schmachlich enttäuscht werden. REICHEL sagt selber in seinem Bericht (nach der „Metallarbeiter-Zeitung“ Nr. 14), daß STEGERWALD die Verbindlichkeitserklärung für die Bauberufe und Baunebenberufe ablehnt, weil ihm die Löhne noch nicht niedrig genug sind. Was STEGERWALD über seine „Einstellung zu den Tariflöhnen und zur Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen nach dem Osterfrieden in einer öffentlichen Wahlversammlung bekanntgeben“ wird, das wird eben sein: Wahlsand in die Augen der Arbeiter; denn daß STEGERWALD die Gewerkschafts-„Führer“ noch täuschen kann, glauben wir nicht, dafür haben sie mit STEGERWALD schon zu viel Erfahrungen gemacht.

### Was ist zu tun?

Bei der Frage: Was ist zu tun, stehen wir wieder vor der alten Aufgabe, die Gewerkschaftskollegen innerhalb der Gewerkschaft aufzumuntern, ihnen zu sagen, daß es dringend

## Staatsanwalt gegen die Überfallenen von Felseneck.

Angeklagt: 6 NS und 23 Kolonisten.

Berlin, 4. April.

Wegen der Vorgänge in der Kolonie Felseneck in der Nacht zum 19. Januar 1932 hat die Staatsanwaltschaft III gegen insgesamt 24 Personen Anklage erhoben. Die Angeklagten sind in vier Gruppen eingeteilt worden:

Wegen gemeinschaftlichen Totschlags an dem Arbeiter KLEMK in Tateinheit mit Raufhandel sind sechs Teilnehmer des Zuges der Nationalsozialisten angeklagt. Der Schütze, der den tödlichen Schuß in den Rücken des am Boden liegenden KLEMK abgegeben hat, konnte nicht ermittelt werden.

15 andere Personen sind wegen gemeinschaftlichen Totschlags an dem der NSDAP angehörenden Kunstmaler SCHWARZ, und versuchten Totschlags an dem WIKOWSKI, und wegen Raufhandels angeklagt. Davon gehören 11 Personen der Ortsgruppe Wedding, vier Personen der Ortsgruppe Reinickendorf-Ost, des „Kampfbundes gegen den Faschismus“ an. Gegen drei Personen ist außerdem Anklage wegen unbefugter Stihwaffenführung und gegen drei andere Personen Anklage wegen Diebstahls an Fahrrädern der NS erhoben worden.

Eine dritte Gruppe, bestehend aus zwei Einwohnern der Kolonie, ist wegen unbefugter Schusswaffenführung angeklagt.

Schließlich werden der Kommunist HOMANN und der Arbeiter DÜHRING des schweren Landfriedensbruchs beschuldigt. Beiden wird zur Last gelegt, am 15. Januar bei einem Überfall auf eine Propagandagruppe der NS beteiligt gewesen zu sein.

Wir haben früher schon auf die verdächtige Trennung der Gruppen hingewiesen: wie will man die Tötung des

## AUS DEM INHALT:

Jugoslawien. Die Diktatur vorüber? Stambolijski.

Wo blieb Hitler?

Der Prozeß gegen die Gegenrevolutionäre.

Wilhelm Ostwald gestorben.

Zölle und Zollbündnisse.

Frankreichs finanzielle Vormachtstellung am Ende?

SCHWARZ von dem Aufriff der NS auf die Kolonie trennen? Geradezu empörend ist die Diebstahlsanklage gegen die Arbeiter, die den Banditen ihre Fahrräder fortnahmen. Toll sind auch die Anklagezahlen.

Wir werfen an anderer Stelle die Frage auf: wer in dem Rennen um die staatlichen Machtpositionen die größeren Chancen hat, die SP oder die Freunde GROENERS. Hier sehen wir eine Staatsinstitution eine zähe Begünstigungsarbeit im Interesse der NS leisten.

## Der Streik in Brüx flammt wieder auf.

Eine neue Streikleitung gebildet. Die Führung der Gewerkschaften in Nöten.

Prag, 4. April.

Die deutschen und tschechischen Bergarbeiterverbände, die entsprechend den Weisungen der Prager Regierung für das Ende des Streiks im Brüxer Revier eintraten und ihren Mitgliedern die Mitarbeit in den Streikausschüssen untersagten, haben offenbar damit jeden Kontakt mit den Streikenden und überhaupt den Kollegen verloren.

Eine große Versammlung der Bergarbeiter-Vertreter hat beschlossen, den Streik fortzusetzen, da die Rücknahme der Kündigungen keine Sicherheit dafür bietet, daß die Entlassungen später nicht doch ausgesprochen werden. Die Auflösung der Streikleitung in Brüx wird auf das schärfste verurteilt, ebenso das Vorgehen jener Bergarbeiterverbände, deren Führer versuchten, die Beilegung des Streiks durchzusetzen. Eine neue Streikleitung ist gebildet worden, die für

den Fall, daß sie von seiten der Behörden nicht anerkannt wird, mit der Einstellung der Sicherheitsarbeiten in den Schächten droht.

Für den 5. April ist eine große Versammlung aller streikenden Bergarbeiter des Gebietes von Brüx bis Aussig angekündigt, an der etwa 10.000 Arbeiter teilnehmen sollen. Die neue Streikleitung will selber für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sorgen. Die Verhandlungen der Prager Regierung mit den Bergarbeitern und Bergwerksbesitzern gehen weiter.

Das Verhalten der tschechischen Kollegen ist ein Beispiel dafür, wie unzulässig es ist, die Tatenlosigkeit der Gewerkschaften auf die Passivität der „einfachen“ Mitglieder zurückzuführen. Im Gegenteil: Der Bremsklotz liegt ganz offenbar bei der Führung. (Zu diesem Thema vergleiche den heutigen Leitartikel!)

nötig ist, daß die Gewerkschaften den Kampf endlich aufnehmen und sich nicht auf den Weg der Verhandlungen beschränken, daß die Gewerkschaftsführer vorwärts gedrängt werden müssen.

Das ist der einzige Weg, den wir als Gewerkschafter gehen können. Der Weg der Spaltung der Gewerkschaften, der Weg der RGO-Politik ist der Weg der Isolierung des klassenkämpferischen Teils der Arbeiterschaft, was heute bereits durch die Mißerfolge der RGO bewiesen ist.

Der Krisenkongreß des ADGB, der nunmehr am 13. April stattfinden soll, wäre eine sehr geeignete Gelegenheit, auch den Auftakt zu geben für eine große vorbereitende Propaganda-Aktion im ganzen Reiche für die Wiederherstellung der Reallohne, wie sie vor der 4. Notverordnung waren.

Nach den bisherigen Erfahrungen können wir leider nicht damit rechnen, daß der Krisenkongreß in der Lohnfrage in eine solche Aktion eintritt. Es ist die Scheu der Gewerkschaftsführer sich in einen Klassenkampf zu verwickeln, die sie davon abhält.

### Verdummung der Arbeiterschaft.

Zum anderen ist es aber der große Sieg der „Eisernen Front“ im ersten Wahlgang der Präsidentenwahl, der den sozialdemokratischen wie den Gewerkschaftsführern in den Kopf gestiegen ist.

Das zeigt ganz deutlich das Wochenorgan der Freien

Gewerkschaften Berlins, der „Aufwärts“ vom 31. März, wo das Einschwenken der Arbeiter in die Hindenburgfront (die heute bereits die Front des Lohnabbaus genannt werden muß) in hohen Tönen gepriesen wird als „die Disziplin der Gehirne“ und wo es dann weiter heißt: „Die politische Situation stellt an die Gehirne der deutschen Arbeiterschaft Anforderungen, wie sie noch niemals eine Zeit an eine soziale Klasse gestellt hat.“ Das ist nur richtig, wenn man damit sagen will, daß sich die Arbeiter ihre Gehirne zermartern können, ohne vernünftige Gründe dafür zu finden, weshalb sie für HINDENBURG stimmen mußten, statt für einen Kandidaten ihrer Klasse. Nur weil im Lager der Arbeiterklasse eine große Zahl gerissener Domagogen den Arbeitern die Gehirne geradezu verrenken und verkleistern, wie z. B. mit der Parole der „Eisernen Front“: „Nichts für uns, alles für Deutschland“, sind die Arbeiter dazu zu bewegen ihre reaktionären Metzger selber zu wählen.

Da das Gefühl auch sozialdemokratischer Arbeiter diesen Zustand für unerträglich hält (in fast allen Bezirken Berlins lehnten es z. B. die sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre ab, am 13. März mit dem Plakat für HINDENBURG vor den Wahllokalen Propaganda zu stehen), muß ein Attentat auf dieses Gefühl gemacht werden, um diesen unbequemen Mäher für künftig zum Schweigen zu bringen. So heißt es denn im „Aufwärts“: „Wenn es nach dem „Gefühl“ der Arbeiter ginge, hätten wir in Deutschland längst

das Chaos! Nein! Die einheitliche Klassenfront des Proletariats hätten wir und der Nazi-Rummel wäre erledigt und die Gehirne der Arbeiterschaft könnten lohnende Anstrengungen machen, wie sie der Ausbeutergesellschaft aller Schattierungen ein Ende machen könnte.

Einstweilen bleibt es aber noch dabei, daß die reformistischen Führer heute die Massen der Arbeiter wieder fester hinter sich fühlen als vor der Wahl. Kein Zweifel, sie würden leichter geneigt gemacht worden sein, den Wahlkampf für den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl und für die Preußenwahl mit einem Kampf gegen weiteren Lohnabbau zu verbinden, würde das Wahlergebnis für HINDENBURG nicht ein so geschlossenes Einschwenken der Arbeitermassen für die „Eiserne Front“, also für die SPD, gezeigt haben.

Dieser unbestreitbare Zusammenhang sollte allen denen zu denken geben, die infolge oberflächlicher Beurteilung in eine Politik der Bestürzung verfallen und nicht mit Besonnenheit aus jeder politischen Lage das Herausheben, was irgend möglich ist, um den Kampf der Arbeiterklasse vorwärts zu bringen.

So wenig man dem unfruchtbaren sogenannten „Radikalismus“ der kommunistischen Politik Vorschub leisten darf, so wenig darf man aber auch der nationalistischen und den Klassenkampf sabotierenden Politik Vorschub leisten, wie es im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl geschehen ist.

Der ISK will sicher nicht den Sieg HITLERS, wie wir dies auch in unserer verantwortungsbewußten Stellungnahme zum Ausdruck gebracht haben, die SP solle im Reichstag nicht leichtfertig, wie die KP es fordert, die Regierung BRÜNING stürzen. Es bedurfte hierbei aber der Unterscheidung, daß das „Tolerieren“ der Regierung BRÜNING nicht zu bedeuten brauchte, alles zu schlucken, was sie einem vorsetzte. Ebenso müssen die SPD und die Gewerkschaften sich hüten, eine Politik äußerlich gegen HITLER zu machen, die aber letzten Endes ihm nützt.

Eine solche Oberflächlichkeit liegt vor bei all denen, die im ersten Wahlgang glaubten HINDENBURG wählen zu müssen um HITLER zu verhindern. Um im ersten Wahlgang HITLER zu verhindern, konnte man außer HITLER jeden anderen Kandidaten wählen. Daß es nicht ganz wenige waren, die auf die Parole der SPD hineinfelen, das wird vielleicht das Anwachsen der kommunistischen Stimmen bei der preussischen Landtagswahl am 24. April zeigen.

Alle diese heringefallenen HINDENBURG-Wähler haben es erschwert, daß die Lohnabbauforderungen des „Reichsverbandes der deutschen Industrie“ gegenwärtig auf einen entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften stoßen, weil diese, völlig der SP-Politik folgend, sich gar nicht genötigt sehen, den ihnen verhassten Kampf aufzunehmen, wie es der Fall wäre bei einer massenhaften Absage an ihre Politik der Bindung der Arbeiterschaft an das Bürgertum und die friedfertige SPD.

### Wen wählen wir?

Wir stehen jetzt vor einer Wiederholung des ersten Wahlganges, weil HINDENBURG trotz seines überwältigenden Sieges noch einige hunderttausend Stimmen an der verfassungsmäßigen Mehrheit fehlen.

Bei vernünftiger Einschätzung aller politischen Faktoren kann man nur annehmen, daß der zweite Wahlgang wieder HINDENBURGS überwältigenden Sieg bringen wird.

Wie sollen sich nun diejenigen verhalten, die im ersten Wahlgang THÄLMANN gewählt haben. Sollen sie ihre Stimmen wieder THÄLMANN geben, der ja doch nur Zählkandidat ist, oder sollen sie helfen, den überwältigenden Sieg HINDENBURGS noch „überwältigender“ zu gestalten, — denn das wäre offenbar nur der Sinn dieser HINDENBURG-Wählerei.

Zunächst müssen wir als verantwortliche Politiker der Arbeiterschaft eins ganz deutlich hervorheben: Die HINDENBURG-Wählerei ist eines der größten Uebel für die Ingangbringung einer Klassenpolitik des Proletariats, wenn dieses Uebel auch an HITLER gemessen heute noch als kleiner bezeichnet werden muß. Wir dürfen von uns aus nicht ohne größte Not die Einloitung einer Klassenpolitik erschweren, sondern vielmehr

die Unabhängigkeit der Politik der Arbeiterklasse weitestgehend wahren, denn darin liegt ihre Stärke. Wer dieses Gut zu gering einschätzt, findet sich leicht im bürgerlichen Lager wieder.

Wie die Dinge heute liegen, haben deshalb diejenigen, die am 13. März THÄLMANN wählten, keinen Anlaß, etwa am 10. April HINDENBURG zu wählen, bloß um den Berg seiner Stimmen zu vermehren, sie haben vielmehr allen Anlaß, die Stimmenzahl THÄLMANNs nicht geringer werden zu lassen.

Diejenigen, die gegen diese Parole den Einwand erheben, sie sei verantwortungslos, weil ein großer Teil der HINDENBURG-Wähler sie befolgte, die Gefahr heraufbeschworen würde, daß dann HITLER siegen könnte, denen können wir mit ruhigem Gewissen sagen: Dieser Einwand entstammt dem Arsenal der oberflächlich politischen Urteilenden.

Unsere Parole, THÄLMANN zu wählen, ist auf ihre Zugkräftigkeit erst vor drei Wochen erprobt mit dem bekannten

## Abschluß der Ministerbesprechungen in London.

### Befriedigung in Paris.

m London, 4. April.

Die diplomatischen Besprechungen in London dauerten den ganzen Tag an. Abends fuhr TARDIEU nach Paris zurück.

Von englischer Seite wurde eine amtliche Mitteilung herausgegeben, in der es heißt, daß die Minister im Hinblick auf die am Mittwoch beginnende Vier-Mächte-Konferenz nicht versucht hätten, einen Abschluß zu erreichen. Sie seien überzeugt, daß die Darlegung der beiderseitigen Ansichten die Arbeit dieser Konferenz erleichtern werde. Die englische und die französische Regierung teilten die Hoffnung, daß es möglich sein werde, schnellstens gemeinsame Maßnahmen zu verabreden, die unter Achtung der Interessen dritter Parteien eine wirtschaftliche Annäherung der Donaustaaten ermöglichen.

MAC DONALD erklärte im Anschluß an die Verhandlungen, daß diese Aussprachen „von Angesicht zu Angesicht“ sehr fruchtbar seien. Die Verständigung zwischen ihm und TARDIEU scheint gelungen zu sein, wenn auch, wie MAC DONALD ausdrücklich betonte, die Entscheidung über einzelne Punkte der Donaupläne der Vier-Mächte-Konferenz vorbehalten worden sind.

k Paris, 5. April.

Die pessimistische Haltung der großen Pariser Presse über den Ausgang der Londoner Besprechungen hat Dienstag morgen plötzlich einem ausgeprägten Optimismus und unverkennbarer Zufriedenheit Platz gemacht. Die Blätter unterstreichen besonders, daß die beiden Ministerpräsidenten sich über die Art und Weise der Verwirklichung des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Donaustaaten vollkommen geeinigt hätten, und daß es nunmehr nur noch von Italien und besonders von Deutschland abhängt, wie rasch der Plan durchgeführt werden könne.

## Regierungsumbildung in Jugoslawien.

### Ende der Militärdiktatur?

Der jugoslawische Ministerpräsident General Ziwkowsch hat am Montag dem König ALEXANDER den Gesamtrücktritt der Regierung unterbreitet. Der König hat das Rücktrittsgesuch angenommen und den Außenminister MARINKOWITSCH mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut. MARINKOWITSCH ist bereits vom König vereidigt. Er behält das Außenministerium bei; die Zusammensetzung des Kabinetts bleibt mit Ausnahme des Ausscheidens von Ziwkowsch die alte. Die neue Regierung wird sich am Mittwoch vormittag der Skuptschina vorstellen.

Als Grund für seinen Rücktritt gab Ziwkowsch an, er glaube, seine Aufgabe, die er im Januar 1928 übernommen habe, gelöst zu haben, und ziehe sich damit aus dem politischen Leben ganz zurück. Ziwkowsch hat zugleich mit seinem Posten als Ministerpräsident sein Abgeordnetenmandat niedergelagt. Demzufolge erhalten die Abgeordneten der sogenannten Staatspartei, an deren Spitze der General stand,

beschämenden Ergebnis. Die HINDENBURG-Wähler der Arbeiterklasse haben sich damit für den zweiten Wahlgang festgelegt und bekundet, daß sie unseren Weg: nämlich einen Klassenkandidaten der Arbeiterschaft aufzustellen, oder einen aufgestellten zu wählen, ablehnen. Welchen Grund sollten sie haben, davon jetzt abzugehen? Und selbst wenn sie den Grund fänden in einer Abkehr vom Reformismus, dann müßten sie das aller Welt mitteilen. Wir hätten dies begrüßt und unsere Parole dann geändert, nämlich vorgeschlagen, die Bemühungen um einen Einheitskandidaten der Arbeiterschaft wieder aufzunehmen.

Aber das alles ist unterblieben — und HINDENBURG wird seine alten Mannen wieder um sich scharen. Seinen „Sieg“ zu bestärken, haben wir keinen Grund. Gewiß bedeutet die Wahl THÄLMANNs nur einen Protest; aber er ist notwendig zur Verhinderung der Illusion: Mit HINDENBURGS Sieg sei der Faschismus geschlagen.

ihre Handlungsfreiheit in der Skuptschina zurück, da mit dem Listenführer der Staatspartei auch deren Programm gefallen ist.

Ziwkowsch hat seit Januar 1928 die Regierungsgeschäfte geführt, bis zum September 1931 mit diktatorischen Vollmachten. Am 3. September 1931 erließ der König eine neue Verfassung, in der — wenigstens äußerlich — parlamentarische Zustände eingeführt und die staatsbürgerlichen und politischen Rechte garantiert wurden, die in den westeuropäischen Verfassungen niedergelegt sind.

Ob der Rücktritt des einstigen Diktators auch einen vollständigen Bruch mit seiner Politik bedeutet, läßt sich noch nicht sagen. Wie es heißt, wird MARINKOWITSCH im Sinne seines Vorgängers weiterarbeiten. Es melden sich aber auch schon Gerüchte, die sagen, daß auch die neue Regierung nicht lange im Amt bleiben wird, da sie in absehbarer Zeit Neuwahlen ausschieben soll, die frei verlaufen würden. Offenbar will man jetzt schnell „das Volk“ an der Verantwortung für die kommenden Ereignisse mitbeteiligen. Da die Diktatur, die in Jugoslawien über alle Straßen schrecklich gewütet hat, am Ende ist mit ihrem Latein, hüllt sie sich in den Mantel freier Worte und fügt zum Schaden noch den Spott.

## Vor den Wahlen in Memel.

### Litauische Vorbereitungen.

g Kowno, 4. April.

Von litauischer Seite werden die bevorstehenden Wahlen zum memelländischen Landtag anscheinend systematisch durch eine Stärkung des litauischen Einflusses in Memel vorbereitet. In jüngster Zeit sind eine Reihe von Großlitauern nach verhältnismäßig kurzen Aufenthalt in Memel dort eingebürgert worden und erhalten damit das Wahlrecht. Der litauische Staatsrat berät eine Aenderung der Auslegung des litauischen Wahlgesetzes: Während seit 1926 die Reststimmen solcher Wahllisten, die nicht hinreichend Stimmen für ein Mandat erhalten hatten, nicht berücksichtigt wurden — man wollte durch diese Regelung die Mandate der Minderheitsparteien beschränken — soll künftig die Zusammenlegung solcher Reststimmen zugelassen werden. In Memel werden die litauischen Gruppen den Vorteil davon haben. Die litauische Regierung darüber verständigt, während die litauische Regierung wegen der Einsetzung des Direktoriums in Litauen Warnung vor einer Auflösung des Landtags in Litauen wirkungslos verhallt sei, nun ihre damalige Drohung wahr machen und die ganze Memel-Angelegenheit, von der Absetzung BÖTTCHERS bis zur Auflösung des Landtags und den litauischen Maßnahmen zur Beeinflussung der Neuwahlen, dem Haager Schiedsgerichtshof unterbreiten würden. Amtlich bestätigt ist diese Nachricht noch nicht.

Die litauische Presse nimmt dieses Gerücht kühl und ruhig auf, ja sie tritt sogar dafür ein, daß Litauen selber im Haag die Initiative ergreifen und eine Beschwerde über Memel einbringen solle.

Angesichts der ständig drohenden Zuspitzung der Lage wird es Zeit, daß der Haager Gerichtshof Stellung nimmt.

# WAHN. EUROPA 1934.

## VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Pabelreiter-Verlag, Berlin

(79. Fortsetzung.)

Aufgesprengt sind die Türen der Häuser. Aus den Palästen der inneren Stadt, aus den Mietskasernen der Kleinbürger, aus prunkvollen Villen und aus den schwarzen Löchern der Arbeiterviertel schießt es und tobt es heraus: Männer, die auf Armen und Schultern schreiende Kinder schleppen, Mütter, die wimmernde Säuglinge an ihre pochende Brüste pressen, wankende Weiber, die Kinderwagen vor sich herstoßen, Damen in koketten Hauskleidern, in Lackschuhen, spitzenbesetzten Nachthemden, die unter hastig übergeworfenen Tüchern und Mänteln hervorlattern; Alte und Kranke, die auf ratternden Handwagen mitgezerrt werden, ein Heer von Radfahrern, Legionen Motorräder, eine hemmungslos anschwellende Flut von Luxuslimousinen, Lastwagen, von Pferdefuhrwerken, Rollwagen, Omnibussen und Möbelwagen. Jedes Fahrzeug zum Platzen vollgepflegt; auf den Dächern der Autos und Möbelwagen kleben die Menschenleiber. Tausende haben schon Gasmasken aufgesetzt, Tausende umklammern ihre Gasmasken heimlich unter Mänteln und Umhängen wie ihren letzten Talisman, denn gierige Augen funkeln die glücklichen Besitzer an. Abertausende haben in der Aufregung ihre Gasmasken vergessen oder nicht gefunden oder räuberische Hände haben sie ihnen längst im Gewühl entrissen. Leben! Wer nimmt Rücksicht auf den Mitmenschen! Sitzt nicht würgend der Tod an der Kehle?

Alles wird mitgeschleudert in die gigantischen Lawinen, die zentrifugal an die Peripherie der gewaltigen Stadt gepreßt werden. Über umgestürzte Autos, über verendende Pferdeleiber, über zerquetschte Leichen strömt und schreit und stampft es hinweg. Die Heere der Polizisten zersplittern beim ersten Ansturm. Ordnende Kräfte, gehäßt in dieser Entfesselung der Triebe, gehen ohnmächtig unter im verzweifelten Anprall einer Dreimillionenarmee, die ihr Leben verleidet.

Die unterirdischen Betonräume, die der Staat schon vor Jahren bauen ließ für den Fall einer Not, an deren Eintritt kaum einer ernsthaft geglaubt, waren schon in den ersten Minuten zerstört worden. Jedes Stadtviertel besaß Dutzende solcher Katakomben. Jeder sollte dreitausend Menschen aufnehmen, die doppelte Zahl quoll in die Katakomben hinein. Aus vielen brach der Strom wieder heraus; irgendeiner mochte geschrien haben, daß der Feind durch Spionage die Lage der Schutzhöhlen kennt und seinen Angriff mit besonderer Wut darauf richtet; oder daß die neuesten Giftgase auch durch Erde und Beton dringen. Also wieder Flucht ins Freie! Hunderte wurden dabei zu Brei gewalzt. Nach Augenblicken ergoß sich neue Menschenlava in die ungeheuren Gräfte.

Die Kirchen sind Pflanze geworden. In der Vorwölflung grinneten sich Abertausende eines barmherzigen Gottes, der nahe sei, wenn die Not am größten. Schluchzen und ekstatische Gebete lärmten zu den Kuppeln der Kathedralen hinauf, dazwischen Kinderschreien und Männerflüche.

Flucht! Rettung! — Todesangst hat Menschenantlitz zerstört. Die arme Kreatur kämpft um das Einfachste und Begreiflichste: um das Leben, das immer noch ihr Herz antreibt, das ihre Gliedmaßen bewegt, das sich warm anfühlt durch die fliebernde Haut. Jeder spürt es in seiner Todesahnung: nur das Leben ist Wirklichkeit. — Das Tier hat den Menschen vernichtet.

Plötzlich wird Paris zum schwarzen, mahelnden Chaos: mit einem Schlag werden die Lichter gelöscht! Sirenen heulen auf, Leuchtraketen platzen; für Minuten schweben zahllose Lichtkugeln unter dem Himmel.

Paris wird ein einziger, erschütternder Schrei: Fliegerangriff steht bevor! — Das flüchtende Dreimillionenheer windet sich noch minutenlang wie eine getretene Riesenschlange, brüllt auf, bäumt sich, bricht erschöpft zusammen. Todgeweihte erwarten ihre Vernichtung. Aber schon nach Sekunden zuckt das Millionengeheuer noch einmal in die Höhe! Flucht! Flucht! ...

Vom Asphalt reißt es sich hoch. Sturm auf die leeren Häuser. Der Hölle Paris zu entrinnen, ist keine Hoffnung mehr. So klammern sich die Verzweifelten wieder an das, was sie oben noch verworfen hatten, an den Schutz hinter Hausmauern. Vielleicht schlagen die Giftgase doch nicht

durch Steinwände! Durch Türen und Hofeingänge, durch die Fenster der Erdgeschosse brechen die Tobenden in fremde verlassene Wohnstätten ein. Die Bankpaläste, Hotels und Kinos, die Villen der Reichen, Warenhäuser, die Zimmer und Stuben der Proletarier: alles wird in diesen Minuten zu Steinbehältern für Menschenfleisch. Möbel, die Platz für die einfallenden Horden wegnehmen, krachen durch die Fenster auf die Straßen und zerschmettern Brüder und Schwestern. Aber während sich die Häuser vom Keller bis zum Dach mit Menschenklumpen füllen, werden die Plätze und breiten Boulevards nicht leerer.

Stöhnen, Wimmern, Fluchen, Beten, Gelächter Tobstüchtiger: ferne Erinnerung an gotterschaffene Wesen. Zwischen flockigen Wolkenbergen zieht grün und hämisch der Mond seine unberrührbare Bahn. Sein Herz ist längst erkaltet. Was geht ihn auch die Erde an, deren Bewohner sich gegenseitig zerfleischen!

Nebeneinander, übereinander hocken drei Millionen auf Trottoiren, auf Fahrdämmen, auf und unter dem Gewirr von Fahrwegen, kloben auf Treppen, pressen sich an naßkalte Mauern, perlen sich in Kellern zusammen, in Fabriken, hängen auf den Firsten der Dächer.

Menschenreck, vom Schicksal auf den Kebrichthausen gefegt. Vom Schicksal oder von... Ja, von wem nur! Von wem...!

Am Quai d'Orsay sitzt seit zwei Stunden vor dem Telefonapparat ein Zermürbter, Gehetzter, der seine letzten Kräfte zerbröckeln fühlt.

Herr über Frankreich — und doch ein zur Machtlosigkeit Verurteilter. Wer wird Meister eines stürzenden Vierzigmillionenstromes!

Zwei Stunden hat er ohne Unterbrechung seine Befehle und Weisungen ins Land geschickt. Telephonisch ging Depesche um Depesche an die Funkstation, an die Präfecten und Militärbehörden. Der Generalstreik ist fast nur noch traumhafte Erinnerung. Wer denkt an diesem Augenblick an politischen Umsturz! Giftgasgeschwader über Frankreich! Das Volk sieht die Sintflut herangelohnen.

Brandt läßt den Hörer kraftlos niederfallen. Auch ein Starker kann nicht Unmögliches leisten. (Fortsetzung folgt.)



# Wo blieb Hitler?

Zur Lehrertagung der NSDAP.

Berlin, 4. April.

Die nationalsozialistischen Lehrer hatten Pech. Zwischen Osterfrieden und Wahlschlacht war ihre Tagung eingeklemmt. Der Empfang am Sonnabend, der Anfang am Sonntagmorgen — es klappte nicht — weil (wie die Regie es vorher wissen mußte) der Osterfriede erst Sonntagmittag um 12 Uhr vorüber war.

Rund tausend Lehrer, Lehrerinnen, Ehefrauen saßen in dem Riesenraum des Sportpalastes, immerhin noch erwartungsvoll, denn die große Steigerung stand ja noch bevor, auf dem Programmblatt feierlich verkündet: HITLER, der Führer, werde abends zu ihnen sprechen. Dann würde der Saal gefüllt sein bis in die Ränge hinauf; dann würden sie vorn sitzen, dicht vorn vor „ihm“, dann würde der ganze Apparat zu ihren Ehren donnern und dröhnen.

Was inzwischen geschah, war daran gemessen, nicht so wichtig. Natürlich der Bericht über den Aufstieg vom Jahr der Gründung 1928 an bis zu dieser Reichstagung in Berlin — das war für sie schön zu hören. Ueber 1000 Mitglieder allein in Berlin! Der Deutsche Lehrer-Verein wagt nicht, sie anzugreifen.

Enttäuschend freilich, daß anfangs immerzu Redner sprachen — darunter zwei Frauen —, die gar nicht vorgemerkelt waren. Aber ihre schlichten Worte und das Arm-Hochheben zum Schluß stimmten die Anwesenden doch wieder versöhnlich.

Obendrein: es kommt in diesem Lehrerbund einstweilen ja nicht auf Erziehungsfragen an. Der 10. April, der 24. April — das sind die Schicksalsstage auch dieses Bundes, an denen der Kampf um die Macht ausgefochten wird. An diesem Tag werden sie die NS-Lehrer einreihen und das Ihre tun, daß in Deutschland das „System“ und der Marxismus fallen.

Wenn von Erziehung gesprochen wurde, dann prasselte es von den bewährten Schlagwörteridealen, zu denen alle beifällig nickten. Kein einziger ohrlicher Gedanke, der die Frage untersuchte, wodurch eigentlich die Volksgemeinschaft bis in ihre Tiefen zerstört worden ist.

Daß SCHARRELMANN, der einmal in Bremen die Volksschule etwas ausgelüftet hat, nun bei der „Charakterschule der Nationalsozialisten“ gelandet ist, spricht nicht für den deutschen Lehrerverein, aber auch nicht für ihn und die NS. Was sagt er zu dieser Tagung, die als Erziehertagung etwas von dem hätte zeigen sollen, was man Charakter nennt — nämlich stehen zu dem, was man versprochen hat.

Da saßen sie nun wieder am Abend, zum Teil schon von nachmittags an, jetzt freilich umdrängt von den Tausenden (die alle Eintritt bezahlt hatten) und warteten auf den Führer. Um seinetwillen waren sie herangereist, seine „Persönlichkeit“ wollten sie „erleben“, seine Stimme, seine Worte sollten sie erschüttern und erheben.

Was half es ihnen, daß die Studienrätin aus Hamburg noch einmal über Leib und Seele dasselbe sagte, was sie morgens schon gesagt hatte, daß der österreichische Bramarbas noch einmal schäumte?

Da — ein Ruf, oben von den Rängen:

„Wo bleibt HITLER?“

Bedrücktes Schweigen. Dann endlich tritt der Vorsitzende nach vorn und liest ab — was alle längst ahnten —: „HITLER kommt nicht“. Dann, um die Stimmung hochzuhalten, Regie: „KLAGGES muß rauf, rauf auf die Tribüne“. Beifall — das hilft — stürmischer Beifall! Und dann spricht KLAGGES und zerfetzt 40 Minuten lang die Braunschweiger Sammelklassen.

Aber es nützte doch nichts, die Stimmung war weg, die Enttäuschung war da.

Als die Pause, die ungeschickter Weise eingelegt wurde, vorüber war, war der Saal fast leer. Nur die 1000 Lehrer saßen noch vorn — sie saßen wieder allein, wie am Morgen. Ich ging fort, ich hatte genug.

M. S.

## Grzesinski läßt die SA-Unterkunft räumen.

Grund: „Gewalttätigkeit einer Mehrheit von Personen“.

h Berlin, 4. April.

Der Polizeipräsident hat angeordnet, daß die SA-Räume in der Hedemannstraße bis zum 5. April, 12 Uhr, geräumt werden sollen.

Falls der SA nunmehr andere Räume zur Verfügung gestellt werden sollten, würde der Polizeipräsident das ganze Haus der SA schließen. Die Schließung erfolge, „weil von diesen Räumen aus eine Mehrheit von Personen aus politischen Beweggründen und zu politischen Zwecken gemeinsam Gewalttätigkeiten gegen Personen begangen hat“.

## Um die Verteilung von NS-Zeitungen. Noske bleibt beim Verbot. — Gerichtliche Verfügung angefochten.

h Berlin, 4. April.

Zu der einstweiligen Verfügung des Landgerichts Hannover gegen Noske wegen des Verbotes der Verteilung von Werbeexemplaren nationalsozialistischer Zeitungen:

Es ist sofort Einspruch erhoben worden wegen Unzuständigkeit des Gerichts, da es sich nur um eine Verwaltungsstreitigkeit handeln könne, die der zivilgerichtlichen Zuständigkeit nicht unterstehe. Die polizeilichen Maßnahmen gegen die Zeitungen werden trotz der einstweiligen Verfügung gemäß der Anordnung des Oberpräsidenten weiter durchgeführt.

Die sozialdemokratischen „Machtpositionen“ funktionieren also anscheinend gegen den Faschismus. Das darf uns nicht darüber täuschen, daß das Rückgrat der Widerstandskraft gegen den Faschismus bei der organisierten Arbeiterschaft liegt. Denn wer hat in dem Wettrennen um die staatlichen Machtpositionen die größeren Chancen: die SP oder die Freunde GROENERS?

## Bürgerliche Wahlmanöver. Dingeldeys Gegenvorschlag an Hugenberg.

h Berlin, 4. April.

HUGENBERG hatte, wie wir meldeten, mit seinem Vorschlag an die kleineren bürgerlichen Parteien keine Gegenliebe gefunden. Der Vorschlag ging dahin: die anderen Parteien sollten ihre Reststimmen bei den Preußenwahlen der deutschnationalen Liste zurechnen; dafür sollten sie einige Vertreter auf der deutschnationalen Liste erhalten.

Jetzt macht DINGELDEY den Gegenvorschlag: Die in Betracht kommenden Parteien stellen in den Wahlkreisen eigene Listen auf. Die Wahlkreislisten werden in den Wahlkreisen untereinander verbunden, die Reststimmen gehen auf eine gemeinschaftliche Landesliste.

Das Ganze geht (außer um die Parteigeschäfte der Retter) um die Rettung der Reststimmen der kleinen und kleinsten bürgerlichen Parteien. Man möchte den zerfallenden Haufen noch etwas zusammenhalten, sich so teuer wie möglich an HITLER verkaufen.

h Berlin, 4. April.

Da HUGENBERG verteidigt ist, hat vorläufig der deutschnationale Abgeordnete SCHMIDT-Hannover auf das Schreiben DINGELDEYS geantwortet:

Die zwischen Zentrum und DNVP stehenden Gruppen (also auch die DVP Red.) hätten infolge ihrer Politik der letzten Jahre in ihren Reihen so viel Ablehnung erfahren, daß das frühere Kräfteverhältnis nicht mehr „als machtpolitischer Maßstab dienen“ könnte. Die DVP habe HUGENBERGS Vorschlag als indiskutabel abgelehnt, dann seien die Absagen der kleineren Gruppen erfolgt. Jetzt sei es bereits rein technisch unmöglich, noch ernsthafte Verhandlungen aufzunehmen; die Wahllisten der DNVP seien bereits veröffentlicht.

„Unter diesen Umständen wird Ihr nach Ihrer bisherigen Haltung überraschender Brief von vielen als ein Versuch aufgefaßt werden, sich in letzter Stunde der Verantwortung für die Ablehnung des deutschnationalen Sammlungsvorschlags zu entziehen.“

## Brüning im Rundfunk.

h Berlin, 4. April.

BRÜNING'S Rede am kommenden Sonnabend in Königsberg wird auf alle deutschen Sender übertragen werden.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Berlin:** Bezirk Mitte: Freitag, den 8. April, um 20 Uhr. im „Hackeschen Hof“, Rosenthaler Str. 40-41. Thema: Die Aufgaben des Krisen-Kongresses des ADGB.

**Göttingen:** Mittwoch, den 6. April, um 20.15 Uhr. spricht CHIYIN CHEN aus Schanghai, in einer öffentlichen Versammlung im großen Saal des „Volksbeims“ über das Thema: Die Lage in China und die Aufgaben des europäischen Proletariats. Freie Aussprache! Eintritt frei!

**Freie Aussprache** **Eintritt freil**

**Essen:** Sturm über Asien! Wohin treibt China? Ueber dieses Thema spricht die Genossin CHIYIN CHEN aus Schanghai in einer öffentlichen Versammlung am Montag, dem 11. April, 20 Uhr, im großen Saal der Wirtschaft Gartke (Siemensplatz). Freie Aussprache. Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf.

**Frankfurt a. M.:** Freitag, den 8. April, 20.15 Uhr. Schanghai in einer öffentlichen Versammlung im Volksbildungsheim über das Thema: „Die Lage in China und die Aufgaben des europäischen Proletariats“. Freie Aussprache. Eintritt 20 Pf., für Erwerbslose 10 Pf.

**Kassel:** Donnerstag, den 7. April, um 20 Uhr, spricht CHIYIN CHEN aus Schanghai, in einer großen öffentlichen Versammlung im kleinen Stadtparksaal, Eingang Wilhelmstraße, über das Thema: Arbeiter und Bauern im Kampf um ihre Freiheit. Nach dem Vortrag Aussprache. Eintritt 40 Pf. Vorverkauf 30 Pf. Erwerbslose 15 Pf.

## Deutschland, so oder so?

H. R. Das ist der Titel des neuen Buches von H. R. KNICKERBOCKER, dem Autor der beiden vielbesprochenen Bücher: „Der rote Handel droht“ und „Der rote Handel lockt“. KNICKERBOCKER ist Berichterstatter der „New York Evening Post“ für Deutschland und spricht schon im Vorwort seines Buches von dem großen Interesse, das Amerika an Deutschland hat. An Deutschland? Natürlich nicht! Nur an dem in Deutschland festgelegten Geldo Amerikas. Ungefähr 4 Milliarden Dollar liegen in Deutschland fest, „und man darf sagen, daß diese Summe eher zu niedrig als zu hoch geschätzt ist“. Nach mehrjährigem Aufenthalt in Deutschland soll nun eine Rundreise ihm endgültig Klarheit verschaffen über die beiden Fragen: Kann Deutschland zahlen? Was wird in Deutschland geschehen?

Die ersten Kapitel versuchen die ungeheure Not des Heeres der Arbeitslosen zu schildern. In Berlin wird er von einem Kommunisten durch die Gegend des größten Elends geführt. Er fährt in die Sächsische Schweiz und berichtet über den Ort Falkenstein, wo es mehr als 50 Prozent Arbeitslose gibt. In Fehrenbach in Thüringen sind mehr als 90 Prozent erwerbslos. „Was diese Dörfer zu erwarten haben, ist ein Hunger, der sich verzweifelt wenig vom Verhungern unterscheidet.“

Er besichtigt die Leunawerke, die ihm auf überzeugende Weise klar werden lassen:

„... in diesem Lande ist ein solches Ausmaß von augenblicklich latenter wirtschaftlicher Kraft vorhanden, daß die Wahrscheinlichkeit, Deutschland könne auf die Vormachtstellung, die es vor dem Krieg auf dem Kontinent eingenommen hat, auf einige Dauer verzichten, überaus gering ist.“

In Braunschweig unterhält er sich mit KLAGGES: Dieser hielt es für angebracht, „das Parteiprogramm“ so zu interpretieren, daß es auf das Ausland eine mehr oder weniger beruhigende Wirkung ausübt. — In Magdeburg, der Stadt, in der das „Reichsbanner“ seinen Sitz hat, kommt er zu dem Ergebnis: „Für Amerika, mit seinem großen wirtschaftlichen Interesse an der Zukunft des Reiches, gibt es einen klaren Punkt in dem Gewirr der Ereignisse in Deutschland. Das ist die Republik.“ Denn es „lehrt die Vergangenheit, daß keine Regierung zum Schutz der ausländischen Privatanlagen mehr unternehmen kann, als es die republikanische Regierung getan hat.“

Er spricht mit KRUPP VON BOHLEN und mit andern Führern der rheinischen Schwerindustrie, besucht die Opel- und

die Zeilwerke und weiß von allem viel Interessantes zu berichten. Er schreibt über Frankfurt und Stuttgart, schreibt über die Sowjetaufträge, die bei süddeutschen Maschinenfabriken bis zu 60 Prozent der Gesamtaufträge ausmachen. In München interviewt er SPENGLER, von dessen Ansichten ein Gedanke niedergeschrieben zu werden verdient: „Ich bin der Ansicht, daß vor allem zwei Dinge zu der katastrophalen Verschärfung der Weltwirtschaftskrise geführt haben — einerseits die in Wirklichkeit im Jahre 1830 einsetzt und seitdem beständig zugenommen hat. Diese beiden Dinge sind die Reparationen und das außerordentlich hohe Niveau der Löhne, die sich in den letzten 100 Jahren ständig gehoben haben... solange diese Herrschaft nicht gebrochen ist, und solange die Löhne nicht auf ein wirtschaftlich tragbares Niveau herabgedrückt sind, kann es keine Hoffnung auf Erholung geben, selbst wenn die Reparationen gestrichen sind.“ SPENGLER sieht den „Untergang des Abendlandes“ also in der Bedrohung durch den Sozialismus; der Untergang seines Reiches liegt da allerdings. KNICKERBOCKER kommt auf Grund seiner Begegnungen und Aussprachen zu dem Ergebnis, daß Deutschland z. Zt. nicht zahlen kann und, falls es in irgend welcher Zeit zahlen könnte, nicht zahlen will, und daß auf jeden Fall „Europa Kampffahre bevorstehen“ — was wir alles auch ohne ihn wissen.

Das Buch hat seine Schwächen und seine guten Seiten. Die einen liegen in dem politischen Standpunkt des Autors, die andern in der Fähigkeit, anschaulich zu schildern was man ihm zu zeigen geruhete. Aufschlußreich ist es durch die Zahlen und statistischen Angaben, die es enthält. Was die Form angeht: Gut geschrieben und gut übersetzt.

## Hedwig Courths-Mahler

(Deutsche Romanschriftstellerin.)

W-er. Am 8. April 1926 brachte ein bürgerliches Archiv die folgende Notiz:

„HEDWIG MAHLER wurde am 18. Dezember 1867 in Nebra an der Unstrut geboren und stammt aus thüringischem Bauerngeschlecht. Da sie früh Vater und Stiefvater verlor, war sie schon mit 14 Jahren genötigt, sich auf eignen Füßen zu stellen. Nach Entlassung aus der Volksschule wurde sie Gesellschafterin und Stütze bei einer 83-jährigen Dame, die sie bis zu ihrem Tode pflegte. Dieser mütterlichen Freundin, die den ersten Kreisen angehörte und in ihrer Jugend sogar Hofbälle mitgemacht hatte, verdankt HEDWIG COURTHS-

MAHLER die ersten Anregungen und eine Fülle von Stoff zu ihren späteren Romanen. Durch viele Erzählungen wurde sie mit den Geschichten der unwohnenden adeligen Familien und so mit dem Milieu bekannt, das sie später mit Vorliebe für ihre Romane verwendete. Ihre lebhafteste Fantasie wurde stark angeregt, und mit 17 Jahren veröffentlichte sie ihre beiden ersten Romane.

In den ersten Jahren ihrer mit Herrn COURTHS 1839 geschlossenen Ehe ließen Haushalt und Kinder eine schriftstellerische Tätigkeit nur heimlicherweise zu. Sie schrieb nachts und versteckte das Geschriebene. Erst 1900 entlockte ein Redakteur der jungen Frau ein solches heimliches Manuskript und bot dafür ein Honorar von 250 Mark. So erschien „Licht und Schatten“, „Scheinehe“, und kurz darauf ein dritter großer Roman, der Frau HEDWIG COURTHS-MAHLER 2400 Mark einbrachte und ihre großen Erfolge einleitete. Von da an wurde sie eine der meistgelesenen Schriftstellerinnen. Sie soll den größten Leserkreis der Erde haben. Das Geheimnis ihres Erfolges besteht, wie sie selbst sagt, darin, daß sie „Märchen erzählt, keine Realistik des Alltags“. Sie führt einfache Menschen aus dem Volke in die vornehme Welt, und ohne auf irgendwelche stilistische oder psychologische Feinheiten Anspruch zu machen, kommt sie dem Bedürfnis der großen Masse, angenehm unterhalten zu werden, in weitestem Maße entgegen. Ihr Fleiß und ihre Produktivität sind erstaunlich; sie arbeitet von morgens 9 Uhr bis nachts 12 Uhr, und ihre Romane, die stets zuerst in Zeitungen erscheinen, füllen einen Schrank.

Gegenüber der scharfen Kritik und Verspottung, denen Frau COURTHS-MAHLER als Typus einer gewissen Art von Schriftstellerinnen natürlich ausgesetzt ist, sei die Tatsache erwähnt, daß kein geringerer als BAHR ihre Verteidigung übernommen. Neuerdings soll Reichspräsident HINDENBURG erklärt haben, daß er ihre Romane mit Vorliebe lese.

Adresse: Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstr. 12.“

1932 wurden diese Mitteilungen ergänzt unter anderem durch die folgenden:

... hat sie jährlich drei bis vier Romane verfaßt und hat weit über hundert geschrieben, die in mehr als 25 Millionen Exemplaren in Deutschland verbreitet sind. Sie verlangt nicht, daß ihre Romane zur Literatur gerechnet werden, sie will auch nicht durch sie unsterblich werden, sie will nur unterhalten, erfreuen, „über die Trostlosigkeit der Zeit hinweghelfen“. Sie schreibt für die anspruchslos eingestellten Kreise, aus denen sie selber stammt, und diese sind ihr bis zur Stunde treu und dankbar geliebt.“

# Haushalt Münchens. 17 Millionen Defizit.

w München, 4. April.

Der Haushaltsplan der Stadt München für das neue Haushaltsjahr 1932 weist Einnahmen von rund 133 Millionen Mark aus, denen Ausgaben von rund 149 Millionen Mark gegenüberstehen. Es ergibt sich damit ein Fehlbetrag von rund 17 Millionen Mark.

Wenn das Reich und der bayerische Staat nicht für die Städte einspringen, so werde München gezwungen sein, entweder die Bürgersteuer zu erhöhen oder die erst kürzlich eingetrottenen Gebührensenkungen bei den Gas- und Elektrizitätswerken wieder aufzuheben.

## Neue Tarifkündigungen.

Nur die Unternehmer gehen vor.

H. Ls. Die Vertragsdauer vieler Tarifverträge wurde bekanntlich durch die Notverordnung vom 8. Dezember vorigen Jahres bis Ende April 1932 festgelegt.

Für den Bezirk Hessen-Nassau sind sämtliche Lohnsätze der Gemeindefabrikanten und ebenso auch die Bezirksmanteltarife von den Unternehmern zum 30. April gekündigt worden. Von dieser Kündigung werden 36 000 Arbeiter betroffen. Der Manteltarif der Arbeiter im Frankfurter Handelsgewerbe ist ebenfalls gekündigt worden. Für die Arbeiter des Schwertransports (es handelt sich hier um 1200 Arbeiter) ist die Kündigung des Lohnsatzes ausgesprochen. Gleichzeitig sind die Bauarbeiterlöhne für die Lohngebiete Hanau, Gießen und Sieglahn gekündigt worden. In allen Fällen kündigten die Unternehmer die Tarifverträge, das heißt also, sie wollen die Löhne und die sonstigen Ansprüche der Arbeiter weiter beschneiden.

## 10 Prozent Lohnabbau im Berliner Baugewerbe.

Der Schlichtungsausschuß von Berlin fällt gestern unter dem Vorsitz des Gewerberats Körner einen Schiedsspruch in dem Lohnkonflikt im Berliner Baugewerbe, der ab 1. Mai einen weiteren Lohnabbau von 10 Prozent festsetzt.

Der Schiedsspruch hat folgende Begründung:

„Der Schlichtungsausschuß wird nach wie vor denen entgegengetreten, die immer noch glauben, die kranke Wirtschaft nur von der Lohnseite her sanieren zu können und die das Arbeitsentgelt unter das Existenzminimum drücken wollen. Die Kammer konnte aber nicht die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Bauarbeiterlöhne in Berlin in einer Höhe aufrechterhalten werden, für die die ökonomischen Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind. Ein Bauarbeiterlohn von 1,25 Mark für die Stunde ist unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr tragbar. Selbst notwendige Instandsetzungsarbeiten würden voraussichtlich unausgeführt bleiben, weil die Kosten in der Zeit der allgemeinen Not nicht aufgebracht werden könnten.“

Die vorgeschlagene Lohnregelung wird zwar keine wesentliche Veränderung des Baumarcktes bringen, wenn auch heute schon die geringste Verbilligung der Bauarbeiten zu einer Vermehrung der Beschäftigungsmöglichkeit führen kann. Die Schlichtungskammer mußte sich aber unter den gegebenen Verhältnissen darauf beschränken, die Bauarbeiterlöhne dem allgemeinen Berliner Lohnniveau anzupassen. Eine weitergehende Senkung der Löhne wäre nur möglich, wenn gleichzeitig für eine ausreichende Beschäftigung der Berliner Bauarbeiter gesorgt würde. Hierfür wäre ein allgemeines Bauprogramm notwendig, das den Bauarbeitern einen angemessenen Wochenverdienst sichert und gleichzeitig bei erträglichen Mieten (28 Mark monatlich für eine Kleinwohnung von 36 bis 40 Quadratmeter) eine mäßige Verzinsung (4 1/2 Prozent) des investierten Kapitals gewährleistet.“

Diese Begründung zeigt, wie wenig in Deutschland dazu gehört, Gewerberat zu werden. Aus all dem einander wider-

sprechenden Kanderwelsch hört man nur deutlich: Lohnabbau. Wenn die Gewerkschaften nicht völlig an die Wand gedrückt werden wollen, müssen sie sich endlich energisch gegen diese Methode der kalten Ausplünderung wenden.

## Streik auf den Rheinschleppdampfern.

n Amsterdam, 4. April.

Am Montag früh hat der vom Zentralverband der Transportarbeiter und dem christlichen Transportarbeiterverband nach Mißlingen der Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern, die bekanntlich eine Kürzung der Löhne um 15 Prozent fordern, ausgetretene Streik auf den Rheinschleppdampfern begonnen. Von dem Streik werden etwa 900 Mann auf einigen Hundert Schleppdampfern betroffen. Der größte Teil der Betroffenen befindet sich aber noch auf Fahrt. In Rotterdam konnten 15 Dampfer nicht auslaufen. Auch in Dortrecht hat der Streik begonnen, ohne jedoch bisher einen größeren Umfang anzunehmen. Die Besatzung einiger Schleppdampfer der Niederländische Rheinschiffahrtsvereinigung und der Gesellschaft Vulkan, die sich augenblicklich in den Ruhrhäfen befinden, hat sich geweigert, zu den neuen Bedingungen zu arbeiten und ist mit der Bahn nach Rotterdam zurückgefahren.

## NS werben um die Sympathie der Polizei.

Eine besorgte Anfrage.

b Berlin, 4. April.

Im preußischen Landtag hat KUBE (NS) folgende kleine Anfrage eingebracht: „Wie mir aus Frankfurt/Oder mitgeteilt wird, wurde zur Reichspräsidentenwahl am 13. März wiederum Kottbusser Schutzpolizei nach Frankfurt/Oder gerufen. Diesen Beamten wurde als Aufenthaltsraum ein ausrangierter Eisenbahnwagen und als Schlafraum eine ehemalige Eisenbahnwerkstätte, die vollkommen unaufgeräumt war, und zahlreiche zerbrochene Fensterscheiben aufwies, zugewiesen... Ich frage das Staatsministerium: „Billigt es für die in der Wahlzeit überanstrengten Beamten der Schutzpolizei eine derartige Unterbringung? ...“

Vielleicht stellt die NSDAP die Unterkunftsräume ihrer Bürgerkriegsgarde zur Verfügung. Oder sie löst diese auf — dann braucht die Polizei nicht überanstrengt zu werden.

## Wilhelm Ostwald gestorben.

k Leipzig, 4. April.

Der Naturforscher WILHELM OSTWALD ist in Groß-Bothen im Alter von 79 Jahren gestorben.

Hk. In diesem lebendigen und unabhängigen Geist war eine ungewöhnliche Vielseitigkeit mit einer merkwürdigen Einseitigkeit gepaart.

Eine Vielseitigkeit der Forschungs- und Aufgabengebiete, denen er seine Kraft widmete. Seine ersten Forschungen galten dem Grenzgebiet zwischen Physik und Chemie, das er zu dem besonderen Wissenszweig der „physikalischen Chemie“ ausbaute. Seine letzten naturwissenschaftlichen Forschungen galten der Farbenlehre.

In dem Begriff der Energie sah OSTWALD den Grundbegriff eines einheitlichen wissenschaftlichen Lehrgebäudes, das nicht nur Physik und Chemie umfaßt, dem er vielmehr ein Gebiet nach dem anderen einzuordnen suchte, auch die Gesellschaftslehre, auch die Lehre von den vorzugswürdigen Zielen unseres Handelns: die Ethik. Ein grotesker Versuch! Und hier liegt OSTWALDS Einseitigkeit. Er sah nicht die unüberbrückbare Kluft, die die Gesetze des Sollens von denen des Seins trennt. Er glaubte, aus der bloßen Erkenntnis, daß uns Menschen nur ein beschränkter Vorrat an Energie zur Verfügung steht, auf den „energetischen Imperativ“ schließen zu können: Vergeude keine Energie! Er glaubte, diesen Schluß ziehen zu können ohne Benutzung irgendeiner Wertvoraussetzung. Aber ohne eine besondere Wertvoraussetzung gibt es auf die Frage: „Weshalb sollte ich nicht Energie vergeuden?“ keine Antwort.

Dem Gedanken der Energie jagte OSTWALD nach auf allen Lebensgebieten. Er kämpfte gegen die Energievergeudung im Wirtschaftsleben, setzte sich bereits vor dem Kriege für eine Normierung der Verkehrsmittel, der Briefbagen, der Zeitschriften ein, war ein Vorkämpfer des Esperanto.

Natürlich war in seinem Weltbild kein Platz für eine Ethik, die ihren Anspruch von einer überirdischen Autorität herleitete. Er glaubte, in der Energie den Maßstab zur wissenschaftlichen Entscheidung aller menschlichen Fragen gefunden zu haben. So wurde OSTWALD der Führer der monistischen Bewegung in Deutschland, deren Leitung er nach dem Tode HAECKELS auch offiziell übernahm.

## Finnland trinkt von jetzt an.

g Helsingfors, 4. April.

Der heutige Montag ist der letzte „trockene“ Tag in Finnland; ab Dienstag hört das Alkoholverbot auf. 60 Alkohol- und 24 Bierverkaufsstellen werden eröffnet.

Staatsbürger, man wirft um Dich. Das ist der Titel eines 82 Seiten starken Heftes, das beim Industrieverlag Spaeth und Lindt eben erschienen ist (Preis 1,40 M). Es enthält die Programme der deutschen parlamentarischen Parteien, auch eine kurze Darstellung der Programme der kleineren.

Eine interessante vergleichende tabellarische Übersicht über die Stellung der Parteien zu verschiedenen wichtigen politischen Fragen, sowie eine zahlenmäßige Übersicht über die wichtigsten Wahlzahlen seit 1918 vervollständigen die Arbeit und machen sie für viele sicher zu einem guten und brauchbaren Hilfsmittel bei ihren politischen Entscheidungen.

Der nächste Wirtschaftspolitische Ausspracheabend der Berliner Gewerkschaftsschule findet statt am Dienstag, dem 5. April 1932, um 19 Uhr. Der Unterrichtsraum ist nicht wie im „Aufwärts“ angegeben Saal 3, sondern Saal 11, im Saalgebäude des Gewerkschaftshauses Engelufer 24/25. Eingang zum Saal vom Hof aus (Eiserne Tür). Leiter des Ausspracheabends ist Dr. Mitnitzki. Thema: „Der Zusammenbruch des Krugger-Konzerns.“

## Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung emp

Mittwoch, den 6. April.

Berlin:

17.40 Studenten diskutieren.

Breslau:

18.30 HANS SCHADEWALDT: Diplomatie und Völkerrecht.

Königswusterhausen:

19.30 ABR. FROWEIN: Wie sucht das Unternehmertum die Wirtschaftskrise zu überwinden? (Vergl. die beiden Aufsätze hierzu in Nr. 76 und 78 des „Funkens“.)

22.00 Dr. RÄUSCHER: Politische Zeitungsschau.

Hamburg:

16.00 HERBERT WILK: Kolonialpolitik vor 100 Jahren.

Mühlacker:

16.30 Dr. PRATT-GEISBERG: Der Reis und seine weltwirtschaftliche Bedeutung.

18.25 Lehrgangsdirektor LEISNER: Was und wie man vom Lehrvertrag wissen?

München:

18.15 Dr. GERH. SCHACHER: Die Bodenschätze Chinas und der Mandchurei.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5919. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

# ISK

7. JAHRGANG 4. HEFT APRIL 1932

INHALT:

## Völkerverständigung:

GRETE HERMANN:

Der Völkerbund.

MINNA SPECHT:

Briand.

Aussprüche Briands.

FRITZ GROB:

Gegen die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften.

WILLI EICHLER:

Arbeiterschaft und Wahlen.

Die Reichspräsidentenwahl

Die Landtagswahlen in Deutschland

Zum Nachdenken:

Die katholische Presse der Vereinigten Staaten.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

MAGDEBURG

## Getrocknete Bananen

sind nahrhaft und billig, als Brotbelag und zum Obst für jung und alt zu verwenden

Postpäckchen 4 Pfd. brutto nur 3 Mark frei Haus nach allen Orten.

Vorauszahlung auf Postcheck-Konto Magdeburg 17924 erbeten.

Frischkost-Reformhaus Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

## WAHN-EUROPA 1934

Schöne Ganzleinenband. Preis M. 4,80 (4000 8 Wochenraten zu M. 0,60)

A. H. Timmermann / Hamburg 24

Barossastraße 8. Postcheck-Konto Hamburg 83161

## Arbeiterkinderhelm

Müden a. d. Oertze, Kr. Celle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M., Kinder unter 10 Jahren 1,— M.

Etty Gräffe

## Sprechapparate

Koffer □ Schatullen □ Schränke

## Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

## Otto Pfothauer

Weimar, Röhrstraße 40  
Verlangen Sie Angebote!

Freunde und Leser des „Funkens“!

Unterstützt Euro Zeitung!

Wird finanziert! Sammelt Anzeigen! Bewusst bei Einkäufen unsere Inserate!

## A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



Berlin SO 26, Elisabethufer 28-29  
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 3471

druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen

## Das Zentrum gewinnt an Macht.

Eines Tages wird es seine Rechnung präsentieren.

## Rüstet zum Kulturkampf!

Die Schrift:

## Rettet die Kinder!

Herausgegeben vom

Sozialistisch-dissidentischen Lehrer-Kampf-Bund

1.—5. Tausend / 82 Seiten / 50 Pf.

gehört zum Rüstzeug der Kirchengegner.

Denn sie vermittelt Kenntnis von kirchlichen Erfolgen und deren Ursachen.

Denn sie bringt Klarheit über die Ziele des Kulturkampfes.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a



## Der Prozeß gegen die Gegenrevolutionäre Stern und Wassiljew.

Gestern begann in Moskau der Prozeß in der Attentats-affaire gegen den deutschen Botschaftsrat TWARDOWSKI. In der Sitzung des Obersten Gerichtshofes wurde zunächst die Anklageschrift verlesen. Darin wird u. a. festgestellt, daß der Angeklagte WASSILJEW gestanden habe, Besprechungen mit STERN gehabt zu haben, in denen beschlossen wurde, den deutschen Botschafter von DIRKSEN zu ermorden. WASSILJEW sei der Ansicht gewesen, daß der Kampf gegen die Sowjetregierung nur vom Westen her erfolgen konnte. Der Bruch zwischen Moskau und Berlin, der durch den Anschlag auf den deutschen Botschafter herbeigeführt werden sollte, hätte gleichzeitig gewissen Westmächten ein Zeichen dafür sein sollen, daß das letzte Hindernis für das Vorgehen gegen Sowjetrußland beseitigt sei. Der Angeklagte STERN habe bei seiner Vernehmung zugegeben, die Absicht gehabt zu haben, den deutschen Botschafter zu ermorden. Den Revolver habe er einem Bekannten, dem das Tragen einer Waffe gestattet war, gestohlen. Zu diesem Zweck sei er nach Leningrad gereist.

In der Anklageschrift wird dann das Bestehen einer geheimen Terrororganisation unter der Führung LJUBARSKIS erwähnt. Diese habe im Jahre 1928 einen Inspekteur der Roten Armee, SCHAPOSCHNIKOW, getötet. Die Frau LJUBARSKI, die an diesem Anschlag teilgenommen habe, sei am 9. August 1920 zusammen mit ihrem Neffen von der GPU zum Tode verurteilt und erschossen worden. LJUBARSKI, der im Dienste der polnischen Armee stehe, sei mehrfach nach Moskau gekommen, um dort Terrorakte gegen die Sowjetregierung anzuzetteln. Er habe im Falle SCHAPOSCHNIKOW den Tätern versprochen ihnen zur Flucht nach Polen zu helfen. Die Anklageschrift erwähnt dann weiter einen Zeugen JELIDOWISCH, den Bruder der Frau des weißgardistischen Generals DENIKIN. JELIDOWISCH soll im Jahre 1929 in den Dienst der Roten Armee getreten sein. Dabei habe er verheimlicht, daß er polnischer Staatsbürger sei. JELIDOWISCH habe WASSILJEW für den Kampf gegen die Sowjetunion gewonnen.

Die Anklageschrift zählt dann die einzelnen Anklagepunkte auf. Gegen STERN wird Anklage wegen Gegenrevolution sowie wegen Versuchs, die Sowjetregierung zu stürzen, erhoben. Weiter wird er sich wegen Vorbereitung des Attentats auf den deutschen Botschafter sowie wegen des Anschlags auf den Botschaftsrat zu verantworten haben. Die Anklage gegen WASSILJEW, der als Urheber des Anschlags betrachtet wird, lautet ähnlich.

Nach der Anklageverlesung begann die Vernehmung der Angeklagten. Der Gerichtshof beschloß, über die Beziehungen der Angeklagten zu den ausländischen Terrorgruppen in geheimer Sitzung zu verhandeln.

## Stalin über seine Gesundheit.

Der Vertreter der „Associated-Press“ in Moskau, RICHARDSON, richtete an den Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, STALIN, folgendes Schreiben:

„In letzter Zeit hat die europäische Presse Nachrichten über Ihre Erkrankung verbreitet. Die Reise des Herrn Professors ZONDEK soll mit Ihrer Krankheit in Beziehung stehen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn Sie selbst zu diesen Gerüchten Stellung nähmen, um endlich die europäische Öffentlichkeit über die ganze Angelegenheit aufzuklären.“

STALIN hat diesen Brief folgendermaßen beantwortet: „Ich teile Ihnen mit, daß ich vollkommen gesund bin. Ich muß nur feststellen, daß es gewisse politische Kreise gibt, die mich gern krank haben wollen oder noch schlimmer. Die Reise des Professors ZONDEK hat nichts mit meiner Erkrankung zu tun. Er ist gekommen, um die Gesundheit unserer Genossen zu untersuchen, die hohe Ämter in der Sowjetunion bekleiden.“

## Alexander Stambolijski.

Der bulgarische Bauernführer, ermordet 1923.

I.

„ALEXANDER STAMBOLIJSKI, dieser bäuerische Hüne, den die militärischen Schlächter SLAWEIKO WASSILIEFFS im Jahre 1923, ehe sie ihn töteten, geschunden und zerfetzt haben, bleibt eine höchst eindrucksvolle Gestalt von starker Eigenartigkeit. Er war ein unbändiger Gewaltmensch. Seine Regierung war eine „bäuerische“. Dieser Potentat handelte oft eigenwillig, und man kann sagen, daß von ihm, von seiner . . . ganzen unverantwortlichen Umgebung die Aera der gewalttätigen Unterdrückungen in Bulgarien herrührt. Aber ihm war ein starker Sinn für das Volkstümliche eigen, was man nicht verkennen sollte.“

Dieses Urteil HENRI BARBUSSES über den bulgarischen Bauernführer (entnommen BARBUSSES Buch: „Die Henker“, Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin) finden wir zum großen Teil bestätigt in zwei Gesprächen, die STAMBOLIJSKI in entscheidenden Augenblicken der bulgarischen Geschichte mit dem König FERDINAND geführt hat.

Wir geben im folgenden diese Gespräche, deren Uebersetzung wir bulgarischen Mitarbeitern verdanken, mit starken Kürzungen wieder.

Diese Gespräche zeigen uns einen revolutionären Politiker im Verkehr mit einem Monarchen. Einen Revolutionär allerdings ohne klare Theorie, bewegt von ungeklärten Gefühlen — z. B. nationalistischen — aber mit starkem politischen Instinkt und mit jener Widerstandskraft des Charakters, die ihn auch im Verkehr mit Monarchen gegen eine Abstumpfung seiner revolutionären Energie fehte.

Die Rede vom September 1915 und das anschließende Gespräch fanden statt zwei Jahre nach dem Friedensschluß, der den für Bulgarien unglücklichen zweiten Balkankrieg bedeutete, und zwei Tage, bevor die bulgarische Regierung sich in das nächste Abenteuer stürzte: in das Bündnis mit den Mittelmächten und damit in den Weltkrieg. Diese Rede zielt darauf ab, den König von seinem irrsinnigen Unternehmen zurückzuhalten.

STAMBOLIJSKI hatte damit keinen Erfolg. Er wanderte ins Gefängnis, aus dem ihn erst der durch den Zusammenbruch der bulgarischen Front hilflos gewordene Monarch herausholte, im September 1918. Nun sollte der Bauernführer heraustragen, was noch zu retten war. Aber wir sehen ihn in dem zweiten

# Zölle und Zollbündnisse.

„Nichts ist ewig, ausgenommen die menschliche Verrücktheit.“

HOOVER hilft!

Unter den Maßnahmen, mit denen sich die Regierungen heute einige Wirkungen der Weltwirtschaftskrise zu erwehren suchen, nehmen die Einführung und die Erhöhung von Zöllen eine immer unheilvollere Rolle ein. Die Wirkung des Zollsystems, die Staaten einander zu entfremden und zu verfeinden, zeigt sich nicht nur unmittelbar im Zollkrieg zweier Länder, sondern fast mehr noch in den Zollbündnissen, die sie schließen, und denen es in den meisten Fällen an der Stirn geschrieben steht, gegen wen sie sich richten.

Einige Meldungen über das Zollwesen:

Nationale Wohlfahrt.

m London, 2. April.

In einem Artikel in der Halbmonatszeitschrift der nationalen Arbeiterpartei „News Letter“ verteidigt Ministerpräsident MACDONALD den englischen Zolltarif, der zur Aufrechterhaltung des englischen Lebensstandards und nicht nur zur Erzielung von Geschäftsgewinnen notwendig sei. England müsse ein allumfassendes System der nationalen Wohlfahrt und Sparsamkeit schaffen, in das sich der Zolltarif organisch einfüge.

BALDWIN und die Englischen „Brüder“ in Indien.

m London, 2. April.

BALDWIN zur Weltreichskonferenz in Ottawa: Englands Bestimmung ist es, so erklärte BALDWIN auf einer konservativen Versammlung, einer Weltwirtschaftsunion mit unserem eigenen Fleisch und Blut zuzustreben. Wenn das nicht erreicht werden kann, so ist es gut möglich, daß wir gezwungen werden, unsere Blicke nach Europa zu richten. Es ist ferner möglich, daß gewisse Teile des englischen Weltreiches in einem halben Jahrhundert weit von ihren jetzigen Brüdern abgetrieben werden, wenn sie nicht in ihrem eigenen wirtschaftlichen Interesse diesem engeren Zusammenschluß untereinander zustreben.

BALDWIN wandte sich dann gegen die Behauptung, daß die englische Regierung durch die Einführung des Zolltarifes England auf ewig dem Protektionismus verschrieben habe. „Nichts ist ewig“, so sagte BALDWIN, „ausgenommen die menschliche Verrücktheit“. Der Zolltarif werde ausschließlich nach seinen Erfolgen beurteilt werden.

Unter dem Druck des französischen Goldes.

k Paris, 2. April.

TARDIEUS Aussichten in London: Man rechnet hier damit, daß besonders das Angebot der französischen Regierung, weitgehende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, seine Wirkung nicht verfehlen werde. TARDIEU scheint in dieser Richtung zu sehr großen Zugeständnissen bereit zu sein und selbst auf eine materielle Unterstützung Englands bei der Kreditgewährung verzichten zu wollen, wenn das der Verwirklichung seines Planes von Nutzen sein könnte.

k Paris, 3. April.

PERTINAX unterstreicht im „Echo de Paris“ noch einmal die Aufgaben, die den französischen Unterhändlern auf der Londoner Konferenz zufallen. Er legt dabei besonderen Nachdruck auf die Bedeutung einer Verständigung mit Deutschland und Italien. Diese beiden Mächte müßten dahin gebracht werden, die Einladung an die fünf Donausstaaten zu unterzeichnen, ohne ihnen Bedingungen zu stellen. Wenn dies nicht gelinge, könne man schon jetzt von einem Mißerfolg der Konferenz sprechen. England sei das erste Land, das die Folgen davon tragen müsse, weil seine in Ungarn und Oesterreich investierten Kapitalien die Rückwirkungen eines derartigen Fehlbetrages fühlen müßten.

Der Präsident der amerikanischen Handelskammer in Paris, sowie der Präsident des Einfuhrausschusses der Handelskammer haben sich am Sonnabend zum amerikanischen Botschafter WALTER EDGE begeben, um ihm die Entschließung der Handelskammer zu überreichen, die im Zusammenhang mit den französischen Kontingentierungsmaßnahmen Anfang der Woche einstimmig von den Mitgliedern der Handelskammer angenommen wurde. In dieser Entschließung wird der Präsident der Vereinigten Staaten gebeten, bei der französischen Regierung Schritte zu unternehmen, die geeignet seien, die französischen Einfuhrbeschränkungen für den amerikanischen Handel tragbarer zu gestalten. Sollten dahingehende Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, so soll Staatspräsident HOOVER Vergeltungsmaßnahmen gegenüber Frankreich ergreifen. Botschafter EDGE hat den Mitgliedern der amerikanischen Handelskammer zugesagt, die Entschließung sofort dem amerikanischen Staatspräsidenten zu übermitteln.

Ein amerikanischer Antrag.

f Washington, 2. April.

Der Senat nahm mit 42 gegen 30 Stimmen einen demokratischen Antrag zur Zolltarifvorlage an, der Hoover die Vollmachten zur Anordnung einer Reihe von Zollmaßnahmen nimmt. Ein Einspruch des Präsidenten ist sicher. Dem demokratischen Antrag wird keine besondere Bedeutung beigemessen; man glaubt vielmehr, daß er mit Rücksicht auf die bevorstehende Wahlkampagne gestellt worden ist.

Die Internationale Handelskammer für Vorzugszollverträge.

r Wien, 2. April.

Die Tagung der Internationalen Handelskammer, die in Innsbruck vom 16. bis 23. April stattfindet, wird sich hauptsächlich mit der Wirtschaftslage in Mitteleuropa und mit den Wegen, die zu einer Annäherung in diesem Raum führen können, beschäftigen. Aus den Fragebogen, deren Beantwortung die Tagung vorbereiten soll, ist zu ersehen, daß zur Herbeiführung einer Annäherung in Mitteleuropa hauptsächlich folgende Möglichkeiten in Betracht gezogen werden sollen: Abschluß zweiseitiger Vorzugszollverträge oder ein ganzes System derartiger zweiseitiger Vorzugszollverträge, das eine bestimmte Staatengruppe umfaßt, ferner ein Vorzugs-Regime durch Abschluß eines vielseitigen Vertrages oder eines Wirtschaftsbündnisses, und schließlich die Möglichkeit einer Zollunion zwischen zwei oder mehreren verbündeten Staaten. Die Durchsetzung der Ausnahme von der Meistbegünstigung gegenüber den Nichtbeteiligten sollte durch freundschaftliche Verhandlungen herbeigeführt werden. Zu einer Kündigung bestehender Handelsverträge sollte es nur im Fall des Scheiterns der Verhandlungen kommen.

Jedes Abgehen vom System der Meistbegünstigung zu dem der Vorzugszölle birgt die Gefahr einer Verschärfung der wirtschaftlichen Gegensätze in sich. In einem Meistbegünstigungsvertrag sichert ein Staat seinem Partner zu, er werde ihn in Zollfragen keinem andern Staat gegenüber benachteiligen; in einem Vorzugszollvertrag räumt er ihm Vorzüge vor den andern ein. Es liegt auf der Hand, daß die Gewährung solcher Vorzüge nur zu leicht die betreffenden Staaten gegen andere, die außerhalb des Bündnisses stehen, zusammenschließt.

liche Element einer breiten Bewegung enthält: die Sympathie der Masse des Volkes.

Enthält nun die von Ihnen geplante Aktion dieses wesentliche Element? Nein:

1. Die Gefühle für Rußland sind bei uns keineswegs verschwunden.

2. Der furchtbare Eindruck des Pogroms, das wir vor kurzem erlebt haben, ist noch nicht getilgt.

3. Das Vertrauen des Volkes zur Regierung ist zerstört.

4. Auf seinem Bewußtsein lastet die Angst vor dem Kriege, einem Kriege an mehreren Fronten, wie ein schwerer Alpdruck.

5. Und das Wichtigste: der Glaube an Sie, Majestät, ist restlos vernichtet. Nach dem Pogrom vom 16. Juni 1913 sind Sie in den Augen des Volkes kein feiner Diplomat mehr.

Bei dieser Auffassung der Lage wage ich es, folgende ganz ernst gemeinten Worte an Sie zu richten:

Wahren Sie die Neutralität! Erheben Sie Ihren Blick über den unmittelbaren Eindruck des jetzt tobenden Sturmes hinaus; vergessen Sie nicht, daß er vorübergehen und in der Tiefe die menschlichen Beziehungen und die internationalen Gesetze des Verkehrs unter den Völkern unangotastet lassen wird!

Richten Sie also Ihre Bestrebungen darauf, mit dem Volke Fühlung zu gewinnen; machen Sie jedenfalls Ihre und Ihrer Regierung Absichten für die Sache des Volkes erträglich!

Bevor ich schließe, Majestät, scheint es mir nötig, eine Tatsache aus der jüngsten Vergangenheit in Ihr Gedächtnis zu rufen. Berücksichtigen Sie sie bei Ihren Entschlüssen!

Im Jahre 1913, gleich nach der Demobilisierung der Truppen, erhielten meine Freunde und ich Briefe; aus allen Gegenden Bulgariens kamen Delegationen zu uns, durch deren Mund das ausgebeutete und empörte Volk von uns verlangte, den Kampf um die rasche und entschiedene Bestrafung der Schuldigen am Pogrom zu führen, in erster Linie um Ihre Bestrafung. Wir hielten damals das Pogrom nicht für eine böswillige Tat von Ihnen und Ihren Ministern, und haben damals jenem furchtbaren Volksbegehren Widerstand entgegenzusetzen.

Aber merken Sie sich, wenn Sie morgen ein ähnliches Verbrechen begehen werden, dann werden wir vom Bauernbund den Zorn des Volks gegen Sie nicht nur nicht dämpfen, sondern wir werden diejenigen sein, die ihm Ausdruck verleihen, indem wir Ihnen ein hartes, aber gerechtes Urteil überbringen.

Ich danke Ihnen, daß Sie die Geduld hatten, mich anzuhören.“

(Fortsetzung folgt.)

großen Gespräch, überlegen im Bewußtsein seiner kommenden Stunde, mit dem unbedeutenden FERDINAND (übrigens von Coburg) wie mit einer Schachfigur spielen.

STAMBOLIJSKIS Stunde kam dann: im Oktober übernahm er die Regierung. (Ueber seine Agrarpolitik während der nächsten Jahre ist im Wirtschaftsteil des „Funkens“, Nr. 73, vom 27. März, einiges mitgeteilt.)

Sein Ende: „ZANKOFF machte sich STAMBOLIJSKIS Ungeheuerlichkeiten und Vergewaltigung der Arbeitermassen (er verstand nicht, Arbeiter und Bauern zusammenzubringen), sowie den Umstand, daß er die Offiziere, die Bürger, die Geldleute und die Intellektuellen verstimmt hatte, zunutze, um einen Gewaltstreich zu wagen, der es ihm im Laufe einer halben Stunde, von drei Uhr bis drei Uhr dreißig Minuten am Morgen des 9. Juni 1923, ermöglichte, STAMBOLIJSKIS Regierung zu stürzen und zu ersetzen.“ (BARBUSSE.) Ein trauriges Kapitel ist die Rolle der Kommunistischen Partei Bulgariens beim Sturz STAMBOLIJSKIS. Der Kommunist BARBUSSE schreibt darüber: „Weiter steht es fest, daß die damals gut organisierte und sehr mächtige Kommunistische Partei sich geweigert hat, STAMBOLIJSKI zu Hilfe zu kommen und bei seinem Sturz zu intervenieren.“ Ein furchtbarer Fehler, den die KP Bulgariens mit furchtbaren Opfern bezahlte hat: 1924 folgte der Belagerungszustand und das Verbot sowohl der Bauernpartei als auch der KP, später der grauohrige Terror der „Henker“. Diese furchtbaren Erfahrungen, mit denen die bulgarische KP ihren Fehler bezahlt hat, können heute kommunistische Genossen nicht eindringlich genug zu sich sprechen lassen: die KPD ist im Begriff, in der Spekulation, daß das Dritte Reich durch den Kommunismus abgelöst werde, im sturen Kampf gegen die SP als den größten Feind, hineinzuwurzeln in eine Wiederholung des bulgarischen Fehlers.

Aus der Rede Stambolijski vor König Ferdinand am 4. September 1915.

„Majestät!

In meinen und meiner Freunde Augen, ja, in den Augen des ganzen bulgarischen Volkes, das noch nicht zum stumpfsinnigen Pöbel herabgesunken ist, ist die von Ihrer Regierung geplante Aktion nichts als ein Abenteuer, das Volk, Staat und Dynastie in den Abgrund stürzen wird.

Ich gebe zu, daß jeder Krieg ein Abenteuer ist; jede Tat, die mit einem großen Risiko verbunden ist, trägt die Elemente des Abenteuererturns in sich. Aber selbst ein solches Abenteuer trägt den Ehrentitel einer nationalen Tat, wenn es das wesent-

# Frankreichs finanzielle Vormachtstellung am Ende?

Ku. Paris, März 1932.

Wir setzen hiermit den Wirtschaftsbericht unseres Pariser Mitarbeiters fort, der in Nr. 79 einige Gefahrenstellen der französischen Wirtschaft beleuchtet: In Frankreich sind erhebliche Notenmengen gehamstert worden. Der französische Außenhandel ist stark zurückgegangen bei nur geringer Abnahme des Einfuhrüberschusses. Die in den letztvergangenen Jahren aktive Zahlungsbilanz entwickelt sich ungünstig für Frankreich, weil der Rückgang des Fremdenverkehrs und des Kapitaleinstroms nach Frankreich nicht wettgemacht wird durch die geringe Senkung des Einfuhrüberschusses.

## Der Staatshaushalt.

Wir haben die Gefahrenstellen noch keineswegs vollständig aufgezählt. Die ärgste von ihnen, die Lage der Finanzen des französischen Staates, haben wir bisher noch gar nicht berücksichtigt. Das Finanzjahr 1931/32 wird voraussichtlich mit einem Defizit von mindestens 2½ Milliarden Francs abschließen (1 Franc gleich 16½ Pfennig). Das in der Kammer angenommene Budget für 1932 (April bis Dezember) ist zwar dem Schein nach im Gleichgewicht, steht aber in Wahrheit auf so schwachen Füßen, daß selbst die Berichterstatter in der Deputiertenkammer und im Senat ein Defizit von 2 bis 3 Milliarden voraussagen. Nach der Meinung der Berichterstatter wird das Defizit in den nachfolgenden Jahren noch größer werden, wenn nicht einschneidende Änderungen vorgenommen werden. Das Schatzamt, das vor einigen Jahren ungeheure Reserven hatte (1929 etwa 19½ Milliarden), hat jetzt kaum 2 Milliarden zur Verfügung, die bestimmt nicht ausreichen werden, dem Staat die laufenden Ausgaben vorzustoeken. Das Schatzamt wird daher zum ersten Male seit 1926 gezwungen sein, Geld zu leihen durch Ausstellung neuer Schatzwechsel.

Wie ist diese bedenkliche Entwicklung der französischen Staatsfinanzen zu erklären?

Erstens sind die Einnahmen aus indirekten Steuern und aus der Umsatzsteuer erheblich zurückgegangen. In diesen Verringerungen kommt die Wirtschaftskrise zum Ausdruck. Zum Beispiel sind die Einnahmen aus indirekten Steuern im Januar 1932 um ¼ Milliarde hinter dem Budgetvoranschlag zurückgeblieben.

Zweitens sind die Ausgaben für Subventionen ins Ungeheure gewachsen. Es handelt sich dabei um folgende Beträge: Anleihen an andere Staaten: an Polen 216 Millionen Francs, an Jugoslawien 513 Millionen, an Ungarn 354 Millionen. Unterstützungen für Eisenbahn- und Schiffahrtsgesellschaften: 1413 Millionen. Unterstützungen an Banken: an die Banque Nationale de Credit 1062 Millionen, an die Bank Alsace-Lorraine 910 Millionen, an die Banque de Paris 1500 Millionen. Insgesamt nahezu 6 Milliarden. Dazu kommen noch die zwei Milliarden, die die Bank von Frankreich als Entschädigung für ihre Verluste beim Sturz des Pfundkurses erhalten hat.

Nur weil die Einnahmen infolge von Zollerhöhungen bedeutend zugenommen haben, ist das Defizit für 1931/32 nicht noch größer.

Auch im Budget für 1932 erscheinen die Einnahmen aus Zöllen mit einer sehr hohen Ziffer. Dieses Budget ist ausgeglichen, weil im übrigen auf der Einnahmeseite deutsche Reparationszahlungen mit 173 Millionen Francs erscheinen, weil eine Reihe von Einnahmen erheblich überschätzt sind und weil die voraussichtlichen Einnahmen aus 12 Monaten in ein Budget für 9 Monate eingesetzt worden sind. Gehen diese Beträge nicht alle ein, oder gehen sie auch nur langsam ein, und beschließt die Regierung weitere Subventionen für Banken und Industrieunternehmen, so muß das Schatzamt vorstrecken. Da seine Mittel bald erschöpft sein werden, muß es Wechsel ausstellen, die die Bank von Frankreich diskontieren muß. Auf diese Weise würden also immer mehr Banknoten in den Verkehr gelangen.

## Die wirtschaftliche Lage.

Welche Wirkungen eine Vergrößerung der umlaufenden Notenmenge haben wird, hängt wesentlich von dem weiteren Verlauf der Krise in Frankreich ab. In der wirtschaftlichen Lage ist neuerdings eine geringe Besserung eingetreten: Der Großhandelsindex ist im Februar um sieben Punkte gestiegen, der Kleinhandelsindex um vier. Diese Steigerung erstreckt sich aber ausschließlich auf Textilwaren und heimische Nahrungsmittel. Es handelt sich hier also vor allen Dingen um eine Wirkung der Kontingentierungspolitik. Die Arbeitslosigkeit nimmt wahrscheinlich gegenwärtig viel weniger zu als im Januar. In der Textilindustrie wird an manchen Stellen wieder voll gearbeitet, wo noch vor kurzem die Arbeitszeit nur 36 bis 40 Stunden betrug. Die Eingänge aus indirekten Steuern und Umsatzsteuer sind im Februar besser gewesen als im Januar.

Aber bei der Beurteilung dieser Tatsachen ist Vorsicht am Platze: Die Kontingentierung der Einfuhr wird fast mit Sicherheit eine Verringerung der Ausfuhr nach sich ziehen (in der Tat nimmt, wie wir gezeigt haben, der Außenhandel an Umfang immer mehr ab).

Für die Rechtsparteien ist es günstig, vor den Wahlen den Eindruck zu erwecken, als sei in der französischen Wirtschaft alles zum Besten bestellt. Wenn auch im Augenblick der Rückgang des Preisstandes in Frankreich einigermaßen zum Stillstand gekommen ist, darf man doch nicht schließen, daß die französische Wirtschaft sicher über den Tiefpunkt der Krise hinweg ist.

## Die Gefahr.

Die Lage in Frankreich stellt sich uns also folgendermaßen dar: Der Staatshaushalt ist nur dem Scheine nach ausgeglichen. Ein erhebliches Defizit und die Ausstellung von Schatzwechseln im Betrage von mehreren Milliarden sind so gut wie unvermeidlich. Von dieser Seite her droht also die Gefahr einer Inflation.

Im Staatshaushalt spielen die Zölle eine große Rolle. Ihre Erhöhung, zusammen mit den Kontingentierungen, bewirken eine Abnahme des Außenhandels. Dies wirkt also eher einer Inflation entgegen.

Die Zahlungsbilanz ändert sich zu Ungunsten Frankreichs, so daß die Gefahr eines Rückganges des Goldbestandes und damit der Notendeckung auftaucht, ein bedenklicher Faktor, falls die inflationistischen Tendenzen überwiegen sollten. Es muß mit einem Abstrom von Kapitalen gerechnet werden,

der die Stellung der Bank von Frankreich verschlechtern kann.

Aber so weit ist noch alles verhältnismäßig unbedenklich. Im Hintergrunde jedoch lauert das Mißtrauen der französischen Sparer, die einige Milliarden von Banknoten gehamstert haben. Wenn die Sparer das Vertrauen zum Franken verlieren, können sie diese Noten plötzlich auf den Markt werfen. Und dieses Vertrauen können sie leicht verlieren, wenn sie sehen, daß einerseits die Notenmenge infolge der Politik des Schatzamts rasch wächst, und daß andererseits die Deckung abnimmt. Ist aber der Prozeß der „Flucht aus dem Franken“ erst einmal eingeleitet, so kann rasch die Panik nachfolgen, die die Kapitalien aus dem Lande und die Besitzenden in die Schwerte treiben wird. Daß das Proletariat von einer solchen Inflation im Endergebnis nichts Gutes zu erwarten hat, ist durch zahlreiche Erfahrungen bewiesen.

Will die Regierung diese Panik vermeiden, so muß sie alle Maßnahmen ergreifen, die auf die Ueberwindung der Wirtschaftskrise, auf die Zunahme der Staatseinnahmen und auf die Abnahme der Staatsausgaben abzielen. Sie muß also die Massenkaukraft stärken, indem sie die Zölle ermäßigt. Sie muß sich davor hüten, den Stimmen zu folgen, die ihr zur Senkung der Staatsausgaben die Aufhebung der Sozialversicherung anempfehlen. Sie muß aufhören, Subventionen am unrichtigen Ort zu geben. Sie muß eine Vergrößerung der Steuereinnahmen anstreben durch Hebung des Umsatzes auf dem Wege der Wiederbelebung der Wirtschaft und nicht durch die Ausgabe von zusätzlichen Banknoten. Sie muß die Banknoten langsam aus ihren Verstecken hervorlocken. Sie muß die Ausgaben für Rüstungen senken, die im neuen Budget über 15 Milliarden ausmachen.

All dies sind Maßnahmen, die eher von einer gemäßigten Linksgierung als von der Regierung TARDIEUS ergriffen werden. Viel hängt für die zukünftige finanzielle Entwicklung Frankreichs also vom Ausgang der Wahlen ab. Die Bildung einer Regierung nach dem Muster der Kartellregierung von 1924 ist nicht ausgeschlossen. Ein geringer Ruck

nach links kann eine Politik in dem eben beschriebenen Sinne wenigstens einleiten. Die Gefahren für die französischen Finanzen könnten so weit abgewendet werden, daß eine Katastrophe vermieden werden kann. Eine solche Politik würde erleichtert durch die großen Reserven im Lande: eine im Augenblick noch überreichliche Golddecke (Ende 1931 rund 60 Prozent Golddeckung der Noten statt dem vorgeschriebenen Mindestsatz von 35 Prozent), große Rücklagen in den industriellen Unternehmungen, ein fest eingewurzelter Bauernstand, der im Lande noch eine große Rolle spielt.

Eine Panik wird viel wahrscheinlicher, falls eine auf den Kollektivismus festgelegte Linksgierung Experimento mit der Nationalisierung der Banken und Industriebetriebe versuchen würde. Der Abfluß der Kapitalien, der dann einsetzen würde, könnte durch Gesetze kaum aufgehalten werden.

Eine Panik droht aber auf die Dauer in gleicher Stärke, falls die Vertreter der Schutzzoll- und Rüstungspolitik die Oberhand behalten und auf dem hier angedeuteten Wege die französischen Finanzen in Grund und Boden wirtschaften werden.

Nachwort: In Deutschland ist die Ansicht weit verbreitet, daß Frankreichs wirtschaftliche und finanzielle Lage auch in der Krise noch sehr fest ist. Der Bericht unseres Pariser Mitarbeiters tritt zum mindesten der Ansicht entgegen, daß das noch lange so bleibt. Wir erhalten gleichzeitig Nachrichten aus den U.S.A., die uns zeigen, daß man dort in finanziellen Kreisen der Ansicht ist, Frankreich werde die Rolle der finanziellen Vormacht in Europa bald ausgespielt haben, und die Wage der Macht werde sich wieder England zuneigen. Was das für die bevorstehenden Konferenzen bedeuten würde: für die Donau-Konferenz und vor allem für die Lausanner Reparations-Konferenz im Juni, läßt sich schwer abschätzen. Es könnte aber sein, daß der Widerstand Frankreichs gegen eine endgültige Regelung der Reparationsfrage geringer sein wird, als von manchen Seiten vermutet wird. Rpt.

## Kreditausweitung zulässig?

### Die Reichsbank am Vierteljahresschluß.

(Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Lombard-ford.	Wechsel-Schecke	Noten-umlauf	Giro-umlauf	Gesamt-Geld-umlauf
23. 3. 1931	2286	23	9	87	1465	3766	343	5279
31. 3. 1931	2328	188	142	274	1951	4456	388	6083
23. 2. 1932	930	146	11	159	1144	4003	332	5834
29. 2. 1932	928	149	44	303	3324	4268	423	6253
23. 3. 1932	877	145	31	135	3129	4066	372	5910
31. 3. 1932	879	147	30	130	3235	4231	374	6054

Der Reichsbankausweis der vergangenen Woche zeigt wiederum eine Zunahme der Deckungsbestände, und zwar um 1,2 Millionen Mark. Der Goldbestand hat sich um 1,6 Millionen Mark erhöht, während sich die deckungsfähigen Devisen um 0,4 Millionen Mark verringert haben. Die Zunahme des Goldbestandes erklärt sich aus dem Ankauf von Russengold.

Die Ausleihungen der Reichsbank sind infolge des Vierteljahresschlusses gestiegen. Und zwar nahm der Bestand an Reichsschatzwechseln um 38 Millionen Mark zu, der Bestand an Lombardforderungen erhöhte sich um 155 Millionen und der Wechsel- und Scheckbestand um 59 Millionen Mark. Die verhältnismäßig starke Inanspruchnahme des Lombardkredits, der teurer ist als der Diskontkredit, läßt vermuten, daß die Inanspruchnahme der Reichsbank nach dem 1. April sehr rasch wieder zurückgehen wird. — Reichsschatzwechsel, Lombardforderungen und Wechsel und Schecks zusammen haben sich zum Monatsende zudem nur um 252 Millionen Mark vermehrt, im Vormonat um 357, im Vorjahr um 806 Millionen Mark.

Die Vergleichung mit dem Vorjahr zeigt einen heute wesentlich geringeren Kreditbedarf. Das kommt zum Teil daher, daß viele Zahlungen (zum Beispiel Gehaltszahlungen), die früher am 1. April fällig waren, sich jetzt auf mehrere Termine verteilen, zum Teil aber auch von der allgemeinen Schrumpfung des Wirtschaftslebens.

Der gesamte Goldumlauf ist nur unwesentlich höher als Ende Februar, aber trotz der Wirtschaftsschrumpfung um rund 200 Millionen Mark höher als im Vorjahr.

Wie unsere Tabelle zeigt, ist der Notenumlauf selber um 200 Millionen Mark niedriger als im Vorjahr. In der Gesamtheit der Reichsbank sind die „Noten“ von Silber- und Kupfergeld in den Verkehr zu pressen, daran war im Vorjahr Silbergeld ein Zahlungsmittel, das nach dem Gesetz keiner Deckung bedarf; dem Reich war daran gelegen, weil es bei der Ausprägung von Silbermünzen einen erheblichen Gewinn machen kann.

Der Jahresbericht der Reichsbank machte für die Verdrängung kleiner Noten durch Silbergeld die folgenden abschließenden Angaben: Vom Juni 1931 bis zum Dezember 1931 war der Zahlungsmittelumlauf insgesamt um 710 Millionen Mark gestiegen. Der Umlauf an Noten zu 10 Mark ist in derselben Zeit um 229 Millionen Mark zurückgegangen, während der Umlauf an Zahlungsmitteln unter 10 Mark (Silber- und Kupfermünzen) um fast genau denselben Betrag gestiegen ist: um 224 Millionen Mark. Auf diese verschleierte Methode der Inflation kann man nicht oft genug hinweisen. Auf all das verschiedene Geschwätz „Kreditausweitung im Rahmen des für die Währung Tragbaren“ müssen wir immer wieder antworten: Die Grenze der ungefährlichen Belastung der Währung ist erreicht. Jeder weitere Schritt der Kreditausweitung ist lebensgefährlich. Rpt.

## Commerzbank-Direktoren im Krisenjahr:

Durchschnittsgehalt: 60000 Mark.

Die Generalversammlung der Commerz- und Privatbank genehmigte am 2. April den bekannten Sanierungsvorschlag. Mit Recht wurde die Höhe der Vergütungen für Aufsichtsrat und Vorstand angegriffen. Der Aufsichtsrat erhielt 190 500 Mark, 14 Vorstandsmitglieder erhielten 829 000 Mark. Wir können verstehen, daß Aktionäre die „Leistungen“ dieser Herren, die ihnen selber schwere Verluste beibrachten, nicht so hoch einschätzen. Direktor REINHARD erwiderte auf Angriffe, es handele sich bei den genannten Beträgen nicht um Tantiemen, sondern um feste Bezüge. Wir finden: um so schlimmer! —t.

## Getreidepreise diesseits und jenseits der Zollmauern.

(In Mark per Doppelzentner.)

	Diesseits.		Jenseits.	
	Berliner Produktenbörse. Wochendurchschnitt.		Hamburg. unverzollt.	
	27.3.—24.	Vorwoche	Vorjahr.	2. 4.
Weizen . . . . .	25,54	24,80	28,08	10,80
Roggen . . . . .	19,94	19,50	18,45	10,12
Braugerste . . . . .	18,65	14,60	23,38	—
Futtergerste . . . . .	17,47	17,38	21,85	10,12
Hafer . . . . .	16,19	15,98	16,50	7,82
Weizenmehl . . . . .	33,01	32,58	37,63	—
Roggenmehl . . . . .	27,25	27,33	27,73	—

## DÄNEMARK

**Meiereigenossenschaften:** Für die Export A.G. der dänischen Meiereigenossenschaften war das Geschäftsjahr 1931 ein Rekordjahr: 25 Millionen Kilo Butter wurden umgesetzt im Werte von 54 Millionen Kronen (heute rund 47 Millionen Mark). — Der Export A.G. sind 221 Meiereien angeschlossen.

**Außenhandel:** Der dänische Einfuhrüberschuß ist von 14 Millionen Kronen im Januar auf 0,4 Millionen Kronen im Februar zurückgegangen. — Die Gesamteinfuhr in den Monaten Januar und Februar betrug 209 Millionen Kronen gegenüber 232 Millionen Kronen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dieser Einfuhrückgang geht zum größten Teil zu Lasten Deutschlands: Die deutsche Einfuhr nach Dänemark betrug 60 Millionen Kronen im Januar und Februar 1932 gegenüber 76 Millionen Kronen in den gleichen Monaten des Vorjahres. Die Futtermittelaufnahme aus Deutschland ging beispielsweise von 5,2 Millionen auf 2,9 Millionen Kronen zurück, die Einfuhr an Roheisen und Halbzeug von 5,3 auf 2,9 Millionen, die Einfuhr an Maschinen und Instrumenten von 6,3 Millionen auf 4 Millionen Kronen. — Diesen Absatzrückgang verdanken die deutschen Exporteure vor allem der Erhöhung des deutschen Butterzolls.

## OESTERREICH

**Arbeiterbank:** Dividende für 1931: 12 Prozent, das sind 480 000 Schilling. Der Reingewinn fällt ausschließlich den Gewerkschaften und Genossenschaften zu, die die Arbeiterbank gegründet haben. — An den Staat wurden 524 000 Schilling Steuern gezahlt.

Trotz des wachsenden Mißtrauens infolge der Kreditkrise ging die Summe der Einlagen nur von 59 Millionen Schilling Ende 1930 auf 56 Millionen Schilling Ende 1931 zurück. Die Spareinlagen sind sogar größer als im Vorjahr und betragen Ende 1931 rund 8 Millionen Schilling.